Dokumentation «Mut zur Ethik» 2026

ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-9602 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt, Deutsche Post

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
Für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

27. Oktober 2026
34. Jahrgang
Nr. 23

AZA
9602 Bazenheid
POST CH AG

4 195960 002259 23

«Blockfreiheit und Multipolarität»

*von Živadin Jovanović, Präsident des Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen, zum 65. Jahrestag der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten**

Živadin Jovanović (Bild zvg)

In diesem Jahr jährt sich zum 65. Mal die erste Konferenz der *Bewegung der blockfreien Staaten* (NAM), die vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad stattfand. Es handelte sich um die Gründungskonferenz der NAM, deren Initiatoren der Präsident der SFR Jugoslawien, *Josip Broz Tito*, der ägyptische Präsident *Gamal Abdel Nasser*, der indische Premierminister *Jawaharlal Nehru*, der indonesische Präsident *Sukarno* und der ghanaische Präsident *Kwame Nkrumah* waren.

Der Belgrader NAM-Konferenz ging die Bandung-Konferenz der afrikanischen und asiatischen Länder voraus, die 1955 in Indonesien stattfand.

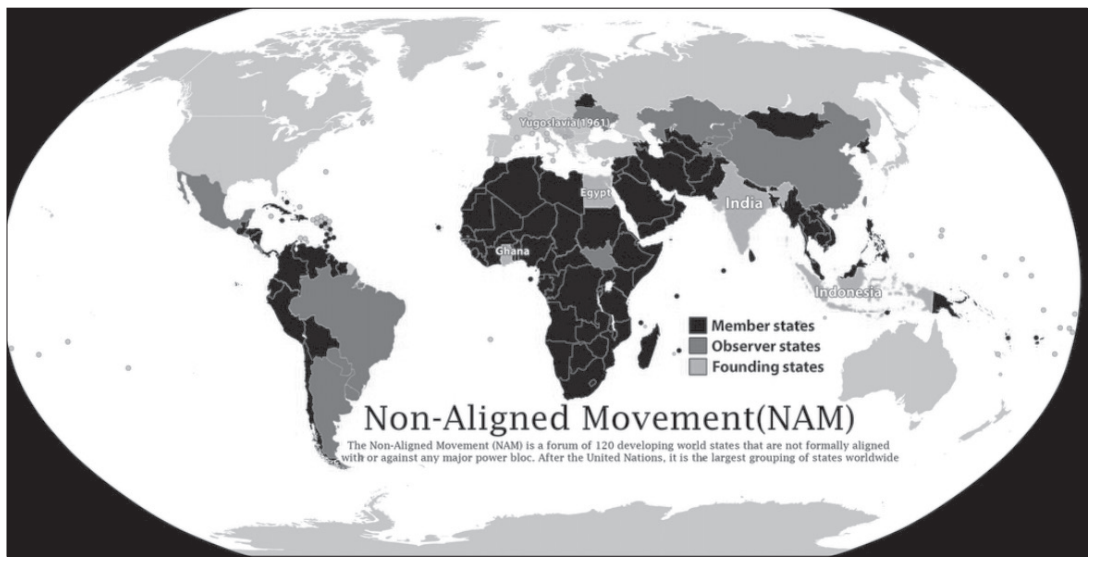
Gedenkveranstaltung in Belgrad

Anlässlich dieses bedeutenden Jubiläums organisierte die serbische Regierung eine zweitägige Gedenkveranstaltung unter Beteiligung der ranghöchsten und hochrangigen Vertreter der Länder, die an der ersten NAM-Konferenz teilgenommen hatten. Das *Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen* und der *Club serbischer Generäle und Admirale* leisteten als unabhängige, gemeinnützige Vereine ihren bescheidenen Beitrag zur Würdigung dieses historisch bedeutsamen Ereignisses.

An der Belgrader NAM-Konferenz nahmen Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Europas sowie eine Reihe von Beobachtern und Vertretern antikolonialer Befreiungsbewegungen teil. Heute umfasst die NAM 120 Vollmitglieder und eine Reihe von Beobachtern, darunter die Volksrepublik China, Brasilien, Serbien und andere. Das beeindruckende Wachstum der Mitgliederzahl der NAM verdeutlicht nicht nur ihr Wachstum und ihr Ansehen, sondern vor allem die tiefgreifenden globalen Veränderungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben – allen voran die Befreiung eines grossen Teils der Menschheit vom Kolonialismus, den härtesten Formen der Ausbeutung und vom Rassismus. Die neu befreiten und andere Entwicklungsländer entschieden sich eindeutig dafür, ihre Kräfte für Unabhängigkeit, Frieden und souveräne Gleichheit zu bündeln und sich der Politik der Gewalt, der Blockkonfrontation, des Kolonialismus und der Vorherrschaft entgegenzustellen. Sie riefen die Grossmächte und Blöcke zu Dialog, Deeskalation und Koexistenz auf. Die wichtigsten Kriterien für die Aufnahme in die NAM waren die Nichtangliederung an militärisch-politische Blöcke und die Ablehnung ausländischer Militärstützpunkte.

1961 – Vision einer neuen Ordnung

Die 1961 an der Belgrader Konferenz verabschiedete Erklärung ist ein substantielles programmatisches Dokument, das die Spannungen und die Konfrontation der Blöcke in der Ära des Kalten Krieges widerspiegelt und eine Vision einer neuen Ordnung auf der Grundlage von Unabhängigkeit und souveräner Gleichheit ohne Herrschaft, Kolonialismus und Imperialismus entwirft. Sie bekräftigt die Grundsätze der aktiven friedlichen Koexistenz und der Uno-Charta, legt Ziele und Methoden des gemeinsamen Handelns fest, die dazu beitragen werden, die Gefahr eines globalen Konflikts zu beseitigen, die Entkolonialisierung zu beschleunigen und zum Wohlstand für alle beizutragen.



Die Mitglieder der Bewegung der blockfreien Staaten (Non-Aligned Movement NAM). Die Karte zeigt die namentlich genannten Gründungsstaaten, die heutigen Mitgliedsstaaten (schwarz) und die Staaten mit Beobachterstatus (dunkelgrau). (Graphik zvg)

Die Teilnehmer der Belgrader Konferenz wiesen unter anderem auf die Notwendigkeit einer Reform des Systems der Vereinten Nationen hin, mit dem Ziel, eine gerechtere Vertretung der neu befreiten Länder in den Entscheidungsprozessen, einschliesslich im Sicherheitsrat, zu ermöglichen. Sie sprachen sich für Dialog statt Konfrontation zwischen den Blöcken, die Beendigung des Wettrüstens und ein Verbot von Atomwaffentests aus. Ausserdem forderten sie die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen als alleinige legitime Vertreterin des gesamten chinesischen Volkes.

Heute noch volle Relevanz

Obwohl seitdem sechseinhalb Jahrzehnte vergangen sind, lässt sich unschwer feststellen, dass eine Reihe von Schlüsselpositionen, Initiativen und Forderungen der Teilnehmer der Belgrader Konferenz der NAM auch heute noch ihre volle Relevanz behalten. Eine Analyse der in der *Belgrader Erklärung* der NAM von 1961 enthaltenen Positionen und Forderungen sowie deren Vergleich mit den Positionen und Forderungen der heutigen globalen Mehrheit stützt die Einschätzung, dass die NAM im wesentlichen ein Vorläufer für den Aufbau einer neuen, demokratischen und gerechteren multipolaren Weltordnung ist.

Die NAM war kein Block, keine Organisation und kein politisch-bürokratischer Apparat und hatte auch nicht den Ehrgeiz, dies zu werden. Ihre Anziehungskraft, ihr Ansehen und ihr Einfluss beruhen auf ihren demokratischen, gerechten und universellen menschlichen Zielen, die auf Gleichheit, Win-win-Zusammenarbeit und Solidarität gründen, und nicht auf Spaltungen, Blockzugehörigkeit oder Hierarchien. Vom Tag ihrer Gründung bis heute versteht sich die NAM als Gewissen der Menschheit.

Während ihrer 65jährigen Tätigkeit hat die NAM eine ausserordentlich wichtige, konstruktive und positive Rolle bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen gespielt und durch gerechte Zusammenarbeit enorme kreative Energie zur Förderung von Frieden, Verständnis und Entwicklung freigesetzt. Der Beitrag der NAM zur Demokratisierung der Arbeit der Vereinten Nationen war unverzichtbar.

Offenheit und Multilateralismus

Offenheit und Multilateralismus bilden den Kern der Vorgehensweise der NAM. Die Tatsache, dass einige Mächte heute Unilateralismus und Protektionismus betreiben, sich für aussergewöhnlich halten oder gegen die Grundsätze der Uno-Charta und des Völkerrechts im allgemeinen verstossen, ist kein Zeichen für die Schwäche der NAM oder der Kräfte, die den Aufbau einer multipolaren Weltordnung fördern, sondern vielmehr eine Folge des aggressiven Vorgehens der Verfechter von Unipolarität und Vorherrschaft. Diese Mächte sprechen weiterhin von Demokratie, während sie parallel dazu Aggressionen, «Farbrevolutionen» und Subversionsaktionen fortsetzen und damit den Willen der globalen Mehrheit, die Uno-Charta und das Völkerrecht im allgemeinen grob verletzen.

Die NAM mag zwar bei weitem keine ideale Bewegung sein. Unterschiedliche Geschichten, unterschiedliche Niveaus der sozioökonomischen Entwicklung, Meinungsverschiedenheiten und sogar gegensätzliche Interessen sind eine Tatsache. All dies darf jedoch kein Grund sein, ihre wesentlichen gemeinsamen Interessen beim Aufbau einer Welt der Gleichen in Frage zu stellen – einer Weltordnung, die auf universellen Prinzipien beruht und den universellen Werten von Frieden, Sicherheit und inklusiver Entwicklung dient.

Integraler Bestandteil der globalen Mehrheit

Die NAM ist ein integraler Bestandteil der globalen Mehrheit, eine unverzichtbare Kraft für die Demokratisierung der globalen Beziehungen und birgt ein enormes Potential für die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Planeten. Die Plattform der NAM ist die Plattform der Menschlichkeit, des gleichberechtigten Respekts für die Interessen aller Nationen, Staaten und Zivilisationen, ohne Ausnahmen. Multipolarität und demokratische globale Beziehungen sind ein Prozess, der nicht aufgehalten werden kann. Die NAM ist eine integrale Kraft dieses Prozesses.

Der Beitrag der NAM zum Aufbau einer multipolaren, demokratischen und inklusiven Weltordnung wird um so grösser sein, je umfassender und effektiver die Koordination mit anderen Akteuren dieses Prozesses ist. Ein günstiger Umstand ist auch die Tatsache, dass einige der Gründer und führenden Mitglieder der NAM gleichzeitig Mitglieder der BRICS, der SCO, der EAEU [Eurasische Wirtschaftsunion], der AU sowie anderer regionaler Organisationen sind, die auf der internationalen Bühne eine konstruktive Rolle spielen. Der Schlüssel liegt darin, die Aktivitäten der NAM mit denen aller anderen Akteure im Prozess des Aufbaus einer neuen, gerechteren und demokratisch strukturierten multipolaren Weltordnung abzustimmen und zu koordinieren. Differenzen, einschliesslich gegenseitiger Streitigkeiten innerhalb der NAM, sollten die Einheit und Synergie beim Aufbau einer Ordnung nicht schwächen, die für alle und für jedes einzelne Land besser sein wird.

Beseitigung des Neokolonialismus

Während die Bewegung in der Vergangenheit eine historisch bedeutsame Rolle bei der Entkolonialisierung gespielt hat, liegt die heutige Priorität in der Beseitigung des Neokolonialismus und aller Formen subtiler Ausbeutung. So komplex der Kampf gegen den Kolonialismus auch gewesen sein mag, der Kampf gegen den Neokolonialismus ist nicht einfacher. Im Gegenteil: Der Kampf gegen den Neokolonialismus ist noch schwieriger und komplexer als der Kampf gegen den Kolonialismus. Die Befürworter des Neokolonialismus sind meist unsichtbar; sie greifen auf Korruption, Wahlmanipulation, Destabilisierung, Staatsstreiche, Erpressung und Propaganda zurück, einzig und allein, um ihre Herrschaft und Ausbeutung fortzusetzen. Zudem haben sie die Kontrolle über eine Reihe internationaler Institutionen etabliert und behalten diese bei, zum Beispiel die *Weltbank*, den IWF, die WTO, SWIFT und viele andere, über die sie die globalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzströme steuern und dabei die Interessen der wohlhabenden Minderheit gegenüber den Interessen des Globalen Südens, also der globalen Mehrheit, bevorzugen. Die Folgen sind Ungleichheit, die Aufrechterhaltung und weitere Vergrösserung der wirtschaftlichen und technologischen Kluft sowie die Ausbeutung der weniger entwickelten Mehrheit durch die wohlhabende Minderheit.

Prinzipien der Neuordnung

Ermutigend ist jedoch, dass sich das Bewusstsein der globalen Mehrheit gestärkt hat und in neuen politischen Massnahmen und Forderungen nach radikalen Reformen der internationalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen sowie der entsprechenden Institutionen zum Ausdruck kommt. Dies zeigen die Entwicklungen in Afrika, insbesondere in Subsahara- und Westafrika. Immer mehr Länder und Regionen verfolgen eine Politik der strategischen Autonomie. Brasilien beispielsweise hat eine Initiative zur Integration Südamerikas vorgelegt, um strategische Autonomie aufzubauen. Immer mehr Länder koordinieren ihre Bemühungen zum Aufbau einer multipolaren, demokratisch strukturierten Weltordnung. Diese Koordination lässt zwar spezifische Positionen, Interessen und Prioritäten nicht ausser acht, übersieht aber auch nicht die gemeinsamen strategischen Prioritäten, ohne die auch der Schutz spezifischer Interessen nicht möglich ist. Der Aufbau einer neuen, gerechteren Weltordnung auf der Grundlage der Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Nichteinmischung und der Freiheit, den eigenen Entwicklungsweg zu wählen, sollte als ein Wert angesehen werden, der über jeder Besonderheit steht. Unabhängigkeit, Gleichheit, Souveränität und Würde werden niemandem auf einem Silbertablett serviert, geschweige denn als Akt der Wohltätigkeit oder als Belohnung. Es erfordert Weitsicht und Anstrengungen, diesen Weg zu beschreiten.

Die globale Mehrheit ist in der Tat «NAM plus», die Quelle der Entschlossenheit und Energie beim Aufbau einer multipolaren Welt.

Fortsetzung auf Seite 2

* Der Text basiert auf dem Vortrag des Autors an der Podiumsdiskussion mit dem Titel «Blockfreiheit und Multipolarität», die am 3. September 2026 im Pressezentrum in Belgrad, Serbien, stattfand.

Landtag von Sachsen-Anhalt beschliesst Antrag zur Beendigung des Ukraine-Krieges

zf. Am 14. Oktober hat der am 6. September neu gewählte Landtag von Sachsen-Anhalt in einer Sondersitzung mit der Mehrheit der Stimmen aus den Landtagsfraktionen von AfD und BSW einen Antrag der beiden Fraktionen an die Landesregierung (Drucksache 9/31 vom 7.10.2026; siehe Kasten) beschlossen. In der Begründung des Antrags sagte der Vorsitzende der Fraktion der AfD, Ulrich Siegmund, unter anderem:

«Heute ist ein guter Tag, heute ist ein historischer Tag; denn heute wird zum ersten Mal seit dem Beginn des schrecklichen Krieges in der Ukraine eine Friedensinitiative, eine wirkliche Friedensinitiative von einem deutschen Parlament ausgehen, und zwar hier in Sachsen-Anhalt. […] Heute werden wir zum ersten Mal eine Friedensinitiative beschliessen, die nicht nur von Sachsen-Anhalt ausgeht, sondern die für Millionen Menschen in ganz Deutschland, in ganz Europa spricht, die sich diesen Frieden sehnlichst wünschen. […] Jetzt haben sich natürlich einige gefragt: Warum kein Landesthema? […] Aber wir sind der Meinung: Wir müssen jetzt an die Grundprobleme heran. Dieses Thema ist eines der Grundprobleme, die nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft, auch hier in diesem Bundesland, in ein Fahrwasser bringen, das schlecht ist, das schlecht für die Zukunft ist, und es ist die Hauptursache dafür, dass es hier so schiefläuft. Deswegen wollen wir nicht reden, wir wollen handeln. […] Kein Tag darf für den Frieden verlorengehen, deswegen sitzen wir heute zusammen, für eine bessere Zukunft für ganz Europa. […] Wir wollen, dass das Töten von Menschen endlich ein Ende findet. Krieg darf niemals eine Lösung sein. Das sollten wir doch alle, und zwar über alle Fraktionen hinweg, irgendwann einmal aus der Geschichte gelernt haben. Und wir wollen nicht, dass unser Land sich immer weiter an einem Krieg beteiligt, der gar nicht unserer ist, und so dafür sorgt, dass dieser Krieg hierherkommt. Das möchten wir nicht. Wir möchten auch nicht kriegstauglich werden. Wir möchten friedenstauglich werden […]. Jedes ernsthafte Gespräch, das dem Ziel dient, die Waffen zum Schweigen zu bringen, ist es wert, dass wir diese Initiative hier heute aus Sachsen-Anhalt heraus voranbringen, dass wir sie unterstützen und dass Sie hier heute unserer Initiative zustimmen. […] Natürlich verurteilen wir den schrecklichen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Denn kein Krieg darf eine Lösung sein. Das, ich muss mich wiederholen, sollten wir endlich aus der Geschichte gelernt haben. Gleichzeitig stellen wir aber fest, dass jeder Krieg eine Vorgeschichte hat und jeder Krieg nur lösbar ist, indem man sich mit gegenseitigem Respekt auf Augenhöhe an einen Tisch setzt und endlich dafür sorgt, dass die Waffen schweigen, dass ein Waffenstillstand verhandelt wird und dass Menschen aufhören zu sterben. […] Ich bin dem BSW sehr, sehr dankbar dafür, dass es gemeinsam mit uns diese Friedensinitiative heute für Sachsen-Anhalt, für Deutschland möglich macht. Dieses starke Zeichen aus Sachsen-Anhalt wird auch auf der Bundesebene und im Bundesrat mehr denn je gebraucht. Millionen Menschen wünschen sich Diplomatie statt Eskalation. Sie wünschen sich Sicherheit für ihre Kinder, für ihre Familien, für unser aller Zukunft. Sie wünschen sich ein Zeichen des Friedens. Und genau dieses Zeichen des Friedens werden sie heute bekommen. Wir werden es heute gemeinsam beschliessen, hier in Sachsen-Anhalt. Der Frieden ist die Zukunft.»

Claudia Wittig vom BSW sagte in der Landtagsdebatte unter anderem:

«Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 war für uns alle ein Schock. Die Solidarität war selbstverständlich. Die Menschen haben sich hilfsbereit gezeigt. […] Es wurde aber bald augenfällig, dass nicht jeder ein Interesse daran hatte, diesen Krieg schnellstmöglich zu beenden, dass nicht jeder die Ursachen sachlich analysieren wollte und dass auch nicht jede gross inszenierte Hilfeleistung tatsächlich im Interesse der Menschen dort vor Ort gewesen ist. […] Mittlerweile ist vielen Menschen klar geworden: Ohne Zugeständnisse kann dieser Krieg nicht beendet werden. Ohne ein Abweichen von Maximalforderungen, ohne die Sorgen Russlands vor dem Vorrücken der Nato ernst zu nehmen und ohne wirkliche Gesprächsbereitschaft kommen wir einem Friedensschluss nicht näher. Ohne diese Voraussetzungen sterben in der Ukraine jeden Tag weiterhin Menschen an der Front, in den Dörfern, in den Städten für einen Krieg, der nicht ihrer ist. Die Ukraine ist ein Spielball geostrategischer Grossmachtinteressen, und die Menschen dort bezahlen dafür mit ihrem Leben. […] Damit muss endlich Schluss sein. […] Das BSW ist in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt worden von Menschen, die dieses Spiel nicht weiter mitspielen wollen, von Menschen, die verstanden haben, dass Kriege am Verhandlungstisch beendet werden, die verstanden haben, dass man eine Atommacht nicht auf dem Schlachtfeld besiegt. Wir wurden gewählt von Menschen, die der Bundesregierung und allen voran unserem Kanzler nicht zutrauen, dass er die richtigen Entscheidungen treffen wird, damit dieser Krieg nicht bald auch die Leben unserer jungen Menschen hier im Land kosten wird. […] Es ist höchste Zeit, diesen Krieg zu beenden; es ist Zeit für Verhandlungen. […] Während der Rüstungshaushalt Jahr für Jahr durch die Decke schiesst, wird die Bevölkerung darauf eingeschworen, den Gürtel enger zu schnallen. Für Rente, Pflege und Familien […] ist immer weniger Geld da. Jeden Tag wächst die Gefahr eines grossen Krieges. Der Kanzler und mit ihm die politischen Eliten in Berlin und in Brüssel scheinen ihn geradezu herbeizuwünschen. […] Wir haben hier in Magdeburg zum ersten Mal die Chance, aus einem Landesparlament heraus klar zu sagen: Es reicht! Die Menschen wollen Frieden, und das gilt überall: in Deutschland, in Russland und in der Ukraine. […] Wir fordern in unserem Antrag, dass die Bundesregierung sofort und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine diplomatische Lösung für diesen Krieg und einen sofortigen Waffenstillstand hinarbeiten muss. Wir fordern ein Ende der Waffenlieferungen. Denn niemand kann glaubwürdig für den Frieden am Verhandlungstisch sitzen, wenn er gleichzeitig durch immer umfangreichere militärische Unterstützung faktisch selbst zur Kriegspartei geworden ist. […] Weitere Waffenlieferungen erhöhen das Risiko einer Eskalation, die uns in einen Atomkrieg führen kann. Wir fordern ein Ende der Geldzahlungen an die Ukraine, soweit sie nachweisbar über humanitäre Hilfe hinausgehen. […] Die Bundesregierung beziffert die Ukrainehilfen auf 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig sammeln in Deutschland Rentner Pfandflaschen aus Mülleimern. […] Wir fordern ein Ende der Sanktionen, die Russland nicht vom Krieg abgehalten haben. Unter dem Vorwand einer moralischen Pflicht zerstören wir unsere heimische Wirtschaft und beziehen weiterhin Energie z. B. aus den Vereinigten Staaten, die selbst in völkerrechtswidrige Kriegshandlungen involviert sind und die jetzt gerade, während wir hier sprechen, ihrerseits mit Russland günstige Dieselpreise aushandeln. […] Unsere Forderungen sollen dazu beitragen, dass der Krieg beendet wird und das Sterben in der Ukraine aufhört. Sie sollen verhindern, dass der Krieg sich auf Deutschland ausweitet und auch hier Menschenleben kostet. Ihre Umsetzung ist dringend nötig, um die heimische Wirtschaft und mit ihr Tausende Arbeitsplätze zu retten. Sie sind nur ein erster Schritt, aber sie sind längst überfällig. […] Die Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt will Frieden, gute Arbeitsplätze und günstige Energie. Der Krieg und seine Auswirkungen auf unser Land sind eines der Themen, bei denen sich die Menschen insbesondere im Osten am allerwenigsten von der Politik repräsentiert fühlen. […] •

«Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine»

«I. Die Politik der gegen Russland gerichteten Sanktionen, der wirtschaftlichen Embargos und der Waffenlieferungen und finanziellen Hilfen an die Ukraine ist gescheitert. Die einseitige Parteinahme des Westens im Ukraine-Krieg hat nicht dazu beigetragen, den Krieg zu beenden, sondern sie verlängert das Leiden der Bevölkerung und erhöht das Risiko der Ausweitung des Krieges auf weitere Staaten. Durch den gegen Russland gerichteten Energie- und Wirtschaftskrieg werden Industrie, Gewerbe und Handel in Deutschland und unsere Bürger massiv geschädigt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere durch eine entsprechende Initiative im Bundesrat, für eine Verhinderung der weiteren Eskalation in der Ukraine und für die Verwirklichung einer friedensschaffenden Politik einzusetzen. Der Fokus ist auf Diplomatie zu legen. Notwendig sind ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Russland. Eingebettet in ein Abkommen über einen Waffenstillstand muss es zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland kommen. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland müssen sofort aufgehoben werden. Die Unterstützung der Ukraine mit Finanzmitteln ist sofort einzustellen, soweit sie über humanitäre Hilfe hinausgeht. Waffenlieferungen an die Ukraine sind auszusetzen. Zusätzliche Rüstungsgüter verlängern den Krieg und erhöhen das Risiko einer weiteren Eskalation. Im Rahmen einer langfristigen Friedensordnung ist auf den Status der Ukraine als neutraler Staat hinzuwirken.»

Quelle: Drucksache 9/31 des Landtags von Sachsen-Anhalt vom 7.10.2026

‹‹Blockfreiheit und Multipolarität››

Fortsetzung von Seite 1

Die Rolle Serbiens

Nun noch ein paar Worte zu Serbiens Interesse an einer weiteren Stärkung seiner Beziehungen und Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Bewegung. Als Diplomat hatte ich mich für die Wiederherstellung der Mitgliedschaftsrechte der Bundesrepublik Jugoslawien innerhalb der NAM eingesetzt. Auch heute würde ich es vorziehen, wenn Serbien Vollmitglied der NAM wäre, anstatt wie derzeit den Beobachterstatus zu haben. Ich sehe nicht, warum eine Mitgliedschaft in der NAM im Widerspruch zu Serbiens Strategie des «europäischen Weges» stehen sollte. Die NAM ist weder eine Ideologie noch eine Organisation, geschweige denn ein Block. Schliesslich sind die Kernwerte der NAM: Gleichheit, eine demokratische Weltordnung, Koexistenz, Menschenrechte und Wohlstand für die Menschheit.

Es ist natürlich positiv, dass Serbien Partnerschaften und freundschaftliche Beziehungen zu möglichst vielen Freunden und Partnern pflegt, die sich gegenseitig respektieren und vertrauen. 120 NAM-Länder als Freunde zu haben ist ein grosser Vorteil und eine Quelle breiter Unterstützung. Praktisch gesehen bietet die NAM ein unbegrenztes Potential für die Entwicklung bilateraler Win-win-Kooperationen – in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Investitionen, Bauwesen, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit. Eine grosse Anzahl von NAM-Ländern steht vor dem Problem der Ernährungssicherheit. Serbien verfügt gerade in der Nahrungsmittelproduktion über ein bedeutendes wissenschaftliches und technologisches Potential. Dies hat es seit Jahrzehnten erfolgreich durch die Züchtung neuer Getreide- und Ölsaatensorten in mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern unter Beweis gestellt. Es sind die Voraussetzungen gegeben, diese Zusammenarbeit unter den neuen Umständen erheblich auszuweiten und zu stärken.

Jahrzehnte Erfahrung in Zusammenarbeit

Serbien ist kein übermässig grosses Land, verfügt jedoch über die besten Erfahrungen aus jahrzehntelanger Zusammenarbeit mit der NAM. Symbolisch gesehen stehen Serbien alle Türen für eine Zusammenarbeit mit der NAM offen. Die einzige Frage dürfte sein, ob es organisatorisch ausreichend vorbereitet ist, diese offenen Möglichkeiten zur beiderseitigen Zufriedenheit zu nutzen. Es ist an der Zeit, Formen des gemeinsamen Handelns mit anderen Ländern und internationalen Institutionen zu erkunden, zum Beispiel der Neuen Entwicklungsbank.

Blockfreie unterstützen Serbien

Die Mehrheit der Mitglieder der Bewegung unterstützt die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens. Sie unterstützen Serbiens Bemühungen, den künftigen Status von Kosovo und Metohija auf der Grundlage und im Rahmen der Resolution 1244 des Uno-Sicherheitsrats zu regeln. Zudem besteht unter den NAM-Mitgliedern nach wie vor ein beträchtliches Potential für weitere Rücknahmen von der «Anerkennung» der illegalen Abspaltung von Priština, da eine wachsende Zahl von NAM-Ländern, die eine solche Anerkennung übereilt oder unter äusserem Druck gewährt hatten, inzwischen erkannt hat, dass dies kontraproduktiv ist.

Schliesslich stärkt Serbien durch die weitere Verbesserung seiner Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der NAM und ihren einzelnen Mitgliedern sein Ansehen und seine internationale Position. Es geht nicht nur um die Zusammenarbeit und die Beziehungen zu fast zwei Dritteln der Uno-Mitglieder, obwohl dies an sich schon sehr bedeutend ist. Weniger sichtbar, aber ebenso bedeutsam ist, dass Serbien mit so vielen engen Partnern und Freunden in der NAM auf der internationalen Bühne an Ansehen und Gewicht gewinnt, was andere globale Akteure auf Grund ihrer Interessen kaum ignorieren können. Durch die Pflege und den weiteren Ausbau seiner Beziehungen zur NAM sichert sich Serbien Märkte für seine Waren und Dienstleistungen, Bezugsquellen für eine breite Palette strategischer Rohstoffe und Energieressourcen sowie diplomatische Unterstützung, wann und falls diese benötigt wird – sei es in den Vereinten Nationen oder in anderen internationalen Foren.

Eigenes Wohlergehen und Wohlergehen der Menschheit

Die 1961 in Belgrad gegründete *Bewegung der Blockfreien Staaten* hat in den vergangenen 65 Jahren eine strategisch bedeutsame positive Rolle gespielt und einen wesentlichen Beitrag zur Entkolonialisierung, zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen, zur Vermeidung globaler Konflikte, zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten sowie zur Stärkung der Solidarität und zur Humanisierung der internationalen Beziehungen geleistet. In der neuen Ära der globalen Entwicklung, die gerade beginnt, stellen die Beseitigung des Neokolonialismus, die Reform des Uno-Systems und der Aufbau einer neuen, demokratischen und gerechten multipolaren Weltordnung miteinander verknüpfte Herausforderungen für die Bewegung der Blockfreien Staaten und andere Akteure dar, die ihr eigenes Wohlergehen als untrennbaren Bestandteil des Wohlergehens der Menschheit betrachten. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bewegung der Blockfreien Staaten, die globale Mehrheit und weitere für den globalen Wohlstand ausschlaggebende Akteure diese Herausforderungen erfolgreich meistern werden. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Die Welt hat einen entscheidenden Wendepunkt in ihrer Entwicklung erreicht»

Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem Internationalen Waldai-Klub am 1. Oktober 2026 (Auszüge)

zf. Vom 28. September bis zum 1. Oktober 2026 veranstaltete der russische Waldai-Klub in der Nähe Moskaus seine 23. Jahreskonferenz, dieses Mal zum Thema «Verantwortung für die Zukunft: Grenzen des Möglichen oder grenzenlose Möglichkeiten?». Die Konferenz war wie in den Vorjahren international besetzt. Ein Höhepunkt war die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin und eine anschliessende, rund dreistündige Diskussion. Dokumentiert in russischer Sprache und autorisierter englischer Übersetzung sind Rede und Diskussion auf der Internetseite des Kreml zu finden: http://en.kremlin.ru/events/president/news/80910.

[…] Wir haben stets danach gestrebt, nicht nur den Zustand der Welt zu diagnostizieren, sondern auch eine Skizze der entstehenden Weltordnung zu liefern.

Ich bin überzeugt, dass das intellektuelle Erbe des [Waldai-]Klubs und der viele Jahre währende direkte und offene Dialog sicherlich herangezogen werden, wenn wir alle – Ost und West, Nord und Süd – früher oder später zu einer Verständigung über die Prinzipien für die Gestaltung einer neuen Weltordnung gelangen müssen, die in der Lage ist, Fortschritt und Entwicklung der Menschheit für kommende Jahrzehnte zu gewährleisten.

Leider müssen wir eingestehen, dass wir heute vor anderen Aufgaben stehen: solchen, die dringlicher und akuter sind. […] Die alarmierenden Trends, die wir auf der internationalen Bühne beobachten, zwingen uns, nicht in erster Linie darüber nachzudenken, wie die globale Interaktion in Zukunft klüger, effektiver und gerechter organisiert werden kann – obwohl all dies natürlich von vitaler Bedeutung ist –, sondern darüber, wie der globale Frieden und die Sicherheit hier und jetzt bewahrt werden können, in einer Zeit, in der viele etablierte Rechtsnormen beiseitegeschoben wurden und neue noch nicht entstanden sind.

Was muss getan werden, um die katastrophalsten Szenarien abzuwenden? Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft ist weit mehr als nur ein abstraktes Schlagwort. Sie umfasst eine Reihe praktischer Massnahmen, die darauf abzielen zu verhindern, dass die Menschheit an den Rand des Überlebens gedrängt wird, [es geht darum], irreparable Konsequenzen abzuwenden.

Die Welt hat einen entscheidenden Wendepunkt in ihrer Entwicklung erreicht. Dies liegt nicht nur an der Politik; die Politik ist, wie immer, eine Folge tiefgreifender Veränderungen. Transformationen finden in jeder Sphäre statt: von praktisch allen Bereichen der Technologie bis zu den sozialen Strukturen unserer Gesellschaften; vom Klima bis zur Medizin; von der Militärwissenschaft bis zur Bioethik; von der Zukunft der Energie bis zu demographischen Verschiebungen; und von der universellen Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz bis zu völlig neuen Modellen der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Liste liesse sich fortsetzen. Zusammengenommen schaffen diese Faktoren die Bedingungen für eine grundlegende Transformation. Wir können noch nicht alle Umstände und Konsequenzen dieses Wandels vollständig erfassen oder endgültig deuten, schon allein deshalb, weil diese Veränderungen gleichzeitig ablaufen und ihre Auswirkungen auf Gesellschaften und Staaten widersprüchlich sind. […]

Das Ausmass der Veränderungen, die bereits stattgefunden haben und noch bevorstehen, ist wahrlich immens. Wir scheinen dies zu begreifen – was sich in den vielen Debatten über die Zukunft zeigt, die oft von Angst vor Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit geprägt sind –, aber die Menschheit hat die wahre Tragweite der Herausforderung, vor der sie steht, noch nicht vollständig erfasst. Wir treten in eine völlig neue und beispiellose Realität ein. Bedrohungen und Gefahren sind untrennbar mit Chancen und Perspektiven verwoben; sie können nicht voneinander getrennt werden. Unsere gesamte Lebensweise verändert sich.

Um es zu wiederholen: Dies betrifft nicht nur und nicht so sehr Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen den Grossmächten oder die Umverteilung wirtschaftlichen und technologischen Einflusses. All das ist natürlich wichtig und findet faktisch statt. Was jedoch am meisten zählt, ist, dass diese Veränderungen die biologische und moralische Natur des Menschen betreffen, an unser Innerstes gehen und unsere Lebensweise und die Grundlagen unseres Weltbildes beeinflussen. Die Technologie eröffnet buchstäblich fantastische Perspektiven für die Verlängerung der Lebensspanne und die Verbesserung der Lebensqualität. Sie hebt jedoch auch die Möglichkeiten zur Vernichtung der gesamten Menschheit auf ein völlig neues Niveau, sei es durch militärische Konflikte, die schnelle Verschlechterung der Umwelt oder den Verlust der Kontrolle über technologische Prozesse, die in Gang gesetzt wurden. […]

Welches Szenario sich in den kommenden Jahren auch immer in der Welt entfalten mag, die internationalen Konflikte werden sich leider wahrscheinlich fortsetzen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die tiefgreifenden Veränderungen, die jetzt im Gange sind, und die Chancen, die sie schaffen, Ambitionen und die Bereitschaft fördern und ermutigen, Risiken für einen möglicherweise grossen Gewinn einzugehen. Ich wünschte, ich läge mit dieser Einschätzung falsch, aber die nachhaltigen Trends, die wir beobachten, deuten leider auf das Gegenteil hin.

Wir bleiben jedoch zuversichtlich, dass sich die internationale Lage langfristig, wenn sich die Welt von der westlichen Hegemonie entfernt, allmählich verbessern und zu einer stabileren, demokratischeren und freieren multipolaren internationalen Ordnung führen wird. Ebenso klar ist jedoch, dass auf dem Weg zu einer solchen Weltordnung Staaten, Gemeinschaften und jeder Einzelne verschiedenen Risiken ausgesetzt sein werden. Das ist in Zeiten tiefgreifenden Wandels unvermeidlich. Deshalb ist die Minimierung von Risiken auf jeder Ebene – von der globalen bis zur persönlichen – die Schlüsselaufgabe für politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsführer und Spitzenpersönlichkeiten in Wissenschaft und Leben im allgemeinen. Viel hängt von diesen Menschen ab. Verantwortung bedeutet auch, Menschen zu helfen, diese Risiken zu verstehen und darauf vorbereitet zu sein, damit Einzelpersonen und Familien nicht allein mit Problemen in den Bereichen Sicherheit, sich verändernder Arbeitsmarkt oder digitales Umfeld – um nur einige zu nennen – gelassen werden. […]

Bedeutet dies, dass wir nun dem Chaos ausgeliefert sind? Nein, es ist sicherlich verfrüht, ein solches Urteil zu fällen. Im allgemeinen ist eine Welt, die durch klar definierte Normen und die Institutionen, die sie aufrechterhalten, reguliert wird – eine sozusagen geordnete Welt – eine neuere Erfindung, die erst im letzten Jahrhundert entstanden ist. Alle vorherigen Jahrhunderte kamen ohne sie aus. Wie wir wissen, waren die Ergebnisse gelinde gesagt gemischt: Arroganz, Neid und Gier haben die Weltpolitik stets geplagt, und sie treten auch heute noch auf.

Dennoch haben verantwortungsvolle Mächte schon immer auf die eine oder andere Weise miteinander konkurriert, aber sie haben auch zusammengearbeitet, Rahmen für Beziehungen untereinander und mit kleineren Staaten aufgebaut und im allgemeinen in der Regel dennoch versucht, Stabilität zu wahren.

Angesichts der anhaltenden Krise der Institutionen und der Erosion des Völkerrechts tragen die Grossmächte eine enorme Verantwortung, die ihren immensen Fähigkeiten entspricht. Solche Staaten haben das Potential, Massnahmen zu ergreifen, die globale Trends umkehren können – hin zu grösserer Vorhersehbarkeit und Sicherheit oder, umgekehrt, zur Verschärfung aller bestehenden Probleme. Dieses Potential wird durch die innovativen Technologien, die ich bereits erwähnt habe, vervielfacht. Es ist klar, dass die Zukunft der Welt und jedes Einzelnen davon abhängt, wie effektiv Risiken während der Phase abrupten Wandels gemanagt werden.

Das Fehlen allgemein anerkannter Regeln und eines gemeinsamen Verständnisses des Prinzips der gleichen und unteilbaren Sicherheit – oder die vollständige Aufhebung dieses Prinzips – fördert oft egoistisches Verhalten. In einigen Fällen verwandelt es sich in aggressive Versuche, einseitige Vorteile zu sichern, die Verwirrung zu verschärfen und sie zur Förderung eigener Interessen auszunutzen. Die internationale Politik liefert fast täglich Beispiele dafür. Jedes erdenkliche und unerdenkliche Tabu wird verletzt. […] Ich bin zutiefst überzeugt, dass etwas so Komplexes wie die internationalen Beziehungen dennoch Umsicht und die Einhaltung nicht nur der bestehenden Gesetze, sondern auch, wie Juristen sagen, des Gewohnheitsrechts erfordert, was nicht nur den Buchstaben, sondern auch den Geist des Gesetzes sowie etablierte und allgemein anerkannte Praxis bedeutet.

Moralische und ethische Beschränkungen und grundlegende Anstandsstandards sind nach wie vor von Bedeutung, denn ihre Achtung schafft zumindest die Möglichkeit, eine Art Dialog aufrechtzuerhalten. Umgekehrt zerstören die systematische Nichteinhaltung von Verpflichtungen, Täuschung, die Verwandlung von Kommunikation in eine Farce und jeder substantiellen Diskussion in eine Propagandaübung sowie die offenkundige Verhöhnung und Verdrehung von Fakten um kurzfristiger Gewinne willen die eigentliche Grundlage internationaler Koexistenz.

Eine solche – wenn Sie so wollen – Herangehensweise an die Führung internationaler Angelegenheiten ist kurzsichtig und gefährlich. Ein auf diese Weise erzielter vorübergehender Gewinn kann sich in langfristige Rückschläge verwandeln und, was am wichtigsten ist, die Lage für alle verschlechtern, denn die Vernetztheit der Welt ist gegeben und wird nicht verschwinden. Das Prinzip «Macht ist Recht» scheint bestimmte internationale Akteure zu leiten, die von ihrer eigenen militärisch-politischen, wirtschaftlichen und, wie sie denken, moralischen Sonderstellung überzeugt sind. Wir wissen aus der Geschichte genau, dass dies nie gut endet. […]

Wenn wir leben wollen – und wer will das nicht? –, […] lasst uns in Freundschaft leben und gemeinsam Wege finden, dieses Ziel zu erreichen. Natürlich ist Vertrauensbildung ein mühsamer und fragiler Prozess. Ihn auf den richtigen Weg zu bringen, ist sehr schwer, während er sehr leicht entgleisen kann.

Die Interessen stimmen nie vollständig überein, selbst bei den engsten Partnern, geschweige denn bei Ländern, die Rivalen sind und in einen allumfassenden Wettbewerb oder sogar in eine Konfrontation miteinander verwickelt sind.

Früher oder später wird sich die internationale Lage und das internationale System in irgendeiner Form eines stabilen Gleichgewichts einpendeln. Dies ist zweifellos ein komplexer, vielschichtiger und mehrstufiger Prozess, der auf gegenseitigen Kompromissen, der Bereitschaft, einander entgegenzukommen, und einer nüchternen Einschätzung der Lage aufbaut, auch seitens des Westens. Der ehemalige Hegemon wird unweigerlich die Realitäten einer multipolaren Welt anerkennen müssen – man schaue nur auf die Trends, die die Weltwirtschaft prägen – und lernen müssen, mit den Ländern der globalen Mehrheit auf der Grundlage der Achtung ihrer grundlegenden Interessen zusammenzuarbeiten. Natürlich wird dies Zeit brauchen. […]

Wir alle, die internationale Gemeinschaft als Ganzes, tragen die Gesamtverantwortung für die Zukunft. Das ist keine Übertreibung oder Metapher. Wie ich sagte, ist dies eine absolut praktische Aufgabe, die unsere sofortige Aufmerksamkeit erfordert.

Man möchte glauben, dass unsere Nachkommen in ihren Geschichtsbüchern lesen werden, dass das zweite Viertel des 21. Jahrhunderts der Wendepunkt war, an dem die Menschheit, nachdem sie sich des Ausmasses des Wandels und der Herausforderungen für ihre Existenz bewusst geworden war, es schaffte, kleinliche Streitigkeiten, Ambitionen und Egoismus beiseitezulegen und sich die Hände zu reichen, um gemeinsame Probleme anzugehen, die technologische Revolution von einer Reihe von Bedrohungen in eine breite Palette von Möglichkeiten zu verwandeln, die Probleme sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung in Taten statt in Worten anzugehen, die Sinnlosigkeit militärischer Konfrontation und des Diktats sowie die Notwendigkeit, für alle aufkommenden Fragen und Probleme gegenseitig akzeptabler Lösungen zu erkennen und endlich damit zu beginnen, eine neue stabile Weltordnung aufzubauen. Ich bin zuversichtlich, dass es so sein wird, denn wenn dies nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass niemand mehr übrig ist, der diese Lehrbücher benutzt, und niemand, der diese Lehrbücher schreibt.

Lassen Sie uns auf das Beste hoffen und, was am wichtigsten ist, alles in unserer Macht Stehende tun, damit diese bessere Zukunft Wirklichkeit wird und bei uns ist. […]•

Übersetzung *https://seniora.org/politik-wirtschaft/politik/wladimir-putin-sprach-auf-der-plenarsitzung-des-23-jaehrlichen-treffens-des-waldai-diskussionsklubs* vom 2.10.2026

Putin erinnert an die gemeinsame Verantwortung

von Urs Graf

Man muss ihm zuhören, wenn man etwas verstehen will. *Wladimir Putin*, der Präsident der Russischen Föderation, ist in unserer Hemisphäre wohl der meistangeschwärzte Staatsmann, und dennoch hebt sich seine Sprache geradezu wohltuend von den Reden und Statements fast aller seiner – europäischen – Amtskollegen ab. Er erinnert sie alle einfach an die gemeinsame grosse Verantwortung.

In seinem Vortrag im *Waldai-Forum* am 1. Oktober 2026 befasste er sich mit den relevanten Menschheitsfragen in unserer Zeit der vielschichtigen globalen Umbrüche. Er sprach über Verunsicherung angesichts der Brüchigkeit internationaler Ordnungssysteme und Institutionen und deutete sowohl die Gefahren als auch die Chancen an, die sich für eine stabilere Zukunft ergeben können. Die Gefahren sieht er in den potenzierten Möglichkeiten heutiger technischer Mittel – sofern sie nicht lebensdienlich im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt werden. Im Zusammenhang mit der sogenannten künstlichen Intelligenz erwähnte er den Begriff «achtsame Digitalisierung». «Dies bedeutet, die unkontrollierte Integration solcher Technologien in Bereiche abzulehnen, die schon immer vital und sensibel für die moralische Entwicklung des Menschen waren.» Und er appellierte an das Verantwortungsgefühl von Führungspersönlichkeiten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Seine Adressaten sind alle Völker der Erde und ihre Staatenlenker: «Viel hängt von diesen Menschen ab.»

Besonders erwähnte er auch die bewegte jüngere Geschichte seines eigenen Volkes, ohne die vitalen Interessen Russlands über diejenigen der anderen Länder zu stellen. Aber er überlässt nicht der Vergessenheit, was Repräsentanten westlicher Staaten in den jüngsten Jahren über Russland verlautbaren lassen. Er warnt vor weiterer Eskalation: «Insgesamt sollten Russophobie, die Unterdrückung und Tötung russischer Menschen und die Zerstörung Russlands nicht zur Staatsideologie gemacht werden, während man bestrebt ist, Russland eine strategische Niederlage zuzufügen.»

Er anerkennt den grossen Einsatz des deutschen Politikers *Egon Bahr* (1922–2015) für eine Entspannung in Europa: «Bahrs Hauptsorge galt der Gefahr einer anhaltenden Konfrontation in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dass […] ‹jene Kreise innerhalb der Nato, die keineswegs bestrebt sind, den Weg der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu verfolgen und die Konfrontation zu beenden›, ihre Positionen und ihren Einfluss festigten. Das sagte er. Er konnte damals bereits sehen, dass es Kräfte dieser Art gab.»

Die Auswirkung solcher Bestrebungen haben wir heute vor Augen. Das kulturelle Erbe der Völker Europas ist bedeutend grösser als das, was wir bisher daraus machen. In der Wirrnis kranker Machtpolitik haben wir uns gegenseitig aus den Augen verloren – und müssen wieder zusammenfinden. Dies liegt im vitalen Interesse der Menschen.

Die wahre Grösse eines Staates liegt laut Präsident Putin in der Fähigkeit, das «eigene Erbe zu mehren und es unter modernen Bedingungen schöpferisch weiterzuentwikkeln …». Dies erinnert uns an die Worte des Schweizer Dichters *Gottfried Keller*: «Lasset uns am Alten, so es gut ist, halten, doch auf altem Grund Neues schaffen jede Stund.»

Keine Lösung ohne Druck auf Israel

Interview von Gabriela Neuhaus (infosperber) mit Philippe Lazzarini

gn. Im Buch «Témoin de Gaza»[1] gibt der Ex-UNRWA-Chef Philippe Lazzarini Einblicke in die Diplomatie – ungewohnt offen und entlarvend.

Sechs Jahre lang, von März 2020 bis Ende März 2026, war der Schweizer Diplomat Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Ein Job, dessen Herausforderungen er zu kennen glaubte, als ihn UN-Generalsekretär António Guterres mit diesem Amt betraute.

Trotzdem war er etwas überrascht, als der israelische Aussenminister anlässlich eines ersten Treffens Klartext sprach: «Wir lehnen die Daseinsberechtigung der UNRWA ab, aber da Sie nun einmal hier sind und wir keine Alternative anzubieten haben, werden wir auf operativer und pragmatischer Ebene mit Ihnen zusammenarbeiten.»

Diese Haltung der israelischen Politik gegenüber der UNRWA änderte sich nach der Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 jedoch grundlegend. Die UNRWA wurde vom «notwendigen Übel» nun definitiv zum Gegner, den es zu eliminieren galt, wie Philippe Lazzarini in seinem soeben erschienenen Erfahrungsbericht über seine Tätigkeit bei der UNRWA zusammenfasst.

Das auf Französisch erschienene Buch bietet nicht nur einen willkommenen Überblick über die Chronologie der Ereignisse nach dem 7. Oktober in bezug auf Gaza, sondern beschreibt eindrücklich die komplexen Mechanismen der internationalen Politik und deren Auswirkungen auf die betroffenen Menschen.

Ein Beispiel dafür ist die von Israel betriebene Diffamierungskampagne gegen die UNRWA, die dazu geführt hat, dass zahlreiche Staaten – darunter auch die Schweiz – zeitweise ihre Verantwortung für die finanzielle Unterstützung des UN-Hilfswerks nicht mehr wahrnahmen.

Obschon die von Israel behauptete Beteiligung von 19 Angestellten der UNRWA am Überfall vom 7. Oktober durch externe wie interne Untersuchungen der Vereinten Nationen nicht bestätigt werden konnte,[2] hatten die Behauptungen massive negative Folgen für die Hilfsorganisation. Auf Grund ihrer unsicheren und unzureichenden Finanzierung ist es fraglicher denn je, ob und wie lange die UNRWA ihre von der UN-Vollversammlung definierte Aufgabe noch erfüllen kann.

Lazzarini ist während seiner Amtszeit als unermüdlicher Fürsprecher des internationalen Rechts, der Uno und der Einhaltung der Menschenrechte aufgetreten. Auch hinter den Kulissen setzte er auf diplomatischer Ebene alles daran, dass das Hilfswerk mit seinen 30 000 Angestellten seine Aufgabe trotz aller Behinderungen weitestmöglich erfüllen konnte.

In seinem Buch gibt er spannende und erschreckend entlarvende Einblicke in die realpolitische Mechanik der internationalen Politik: Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa Spanien oder Irland – gebärdeten sich die Verantwortlichen vieler westlicher Nationen gegenüber der UNRWA als opportunistische Vertreter einer Politik, die sich davor scheut, Israels Verletzungen des Völkerrechts zu benennen und anzuprangern – aus Angst, mit dem Label «antisemitisch» gebrandmarkt zu werden.

Gabriela Neuhaus: Gut sechs Monate nach dem Ende seines Mandats hat Philippe Lazzarini letzte Woche in Paris sein Buch «Témoin de Gaza, ce qui ne s'efface pas» vorgestellt. Wir haben ihn anlässlich der «Rencontres Occident Orient» in Siders VS getroffen und mit ihm über sein Engagement und seine Einschätzungen zur aktuellen Entwicklung im Nahen Osten und der Uno gesprochen. Als erstes die Frage, weshalb er nach der intensiven Zeit, während der er im politischen Dauerkreuzfeuer stand, dieses Buch geschrieben habe:

Philippe Lazzarini: Die letzten drei Jahre waren besonders ereignisreich und intensiv. Ich war sowohl an vorderster Front in Gaza wie auch hinter den Kulissen, in der internationalen Diplomatie, mit einem aussergewöhnlichen Drama konfrontiert und wollte die Erinnerung daran festhalten, solange sie noch frisch war. Auch wenn wir laufend auf die entsetzliche Tragödie hingewiesen haben, war es mir wichtig, die Geschichte als Ganzes zu erzählen. Zwar wurde sie täglich dokumentiert, dadurch hatte man aber jedes Mal nur einzelne Puzzleteile, die nie wirklich zusammengefügt wurden. Im Buch geht es darum, dass die Erinnerung an die Geschehnisse nicht verblasst, ich wollte etwas Dauerhaftes hinterlassen. Auch, weil ich weiss, welcher Druck auf die Palästinenser ausgeübt wird, und dass wir uns immer weiter von einer politischen Lösung entfernen …

Wie hat sich die Situation im Nahen Osten seit Ihrem Abgang als UNRWA-Chef entwikkelt?

Die Lage in der Region ist dramatisch. In Gaza gibt es einen Waffenstillstand, der nur dem Namen nach besteht. Die Feindseligkeiten dauern an, jeden Tag gibt es militärische Angriffe. Das *Unicef* berichtete kürzlich, dass seit dem Tag der Ausrufung des Waffenstillstands in Gaza täglich ein Kind getötet wird. Der Waffenstillstand hat zwar verhindert, dass sich erneut eine Hungersnot ausbreitet, aber abgesehen davon, ist das Leben für die Menschen absolut elend. Als der Waffenstillstand begann, war der Gaza-Streifen zweigeteilt: 50 Prozent standen vollständig unter der Kontrolle der israelischen Armee, in den anderen 50 Prozent war die Bevölkerung zusammengepfercht. Seither hat die israelische Armee ihre Ausdehnung weiter vorangetrieben und beherrscht heute 70 Prozent des Gebiets, während die Bevölkerung in die restlichen 30 Prozent des Gaza-Streifens gedrängt ist. Der Waffenstillstand hat zudem dazu geführt, dass sich die Aufmerksamkeit von der Gaza-Frage abgewandt hat. Gaza und Palästina stehen nicht mehr oben auf der politischen Agenda der internationalen Gemeinschaft, angesichts all der Ereignisse, die sich ebenfalls in der Region abspielen, wie etwa die Kriege im Jemen oder in Libanon.

Immerhin gibt es den Friedensplan von US-Präsident Trump mit dem Friedensrat, der vom UN-Sicherheitsrat mit einer Resolution abgesichert worden ist.

Das ist ein Prozess, der in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das einzige, was wir auf dem Tisch haben, ist ein Friedensplan, der nur den Wiederaufbau und die Rehabilitation ins Auge fasst, jedoch keinerlei Elemente enthält, die darauf abzielen, eine politische Lösung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir, dass die alltägliche Gewalt weitergeht, die Zusammenstösse kaum noch unter Kontrolle sind, und dass das Leben für die palästinensische Bevölkerung immer unerträglicher und unhaltbarer wird – nicht nur in Gaza, auch im Westjordanland; mit dieser Angst und dieser Furcht, die die Menschen jedes Mal quält, wenn sie von einem Ort zum anderen gehen, aus Angst, Opfer eines völlig willkürlichen Vorfalls zu werden, ausgelöst durch Siedler oder bei Strassenkontrollen der israelischen Armee.

Welche Rolle spielt die UNRWA aktuell in den besetzten Gebieten?

Die Hilfskonvois der UNRWA nach Gaza wurden von Israel schon vor gut einem Jahr verboten. Auch in Ost-Jerusalem ist die UNRWA nicht mehr präsent, auf Grund der vom israelischen Parlament verabschiedeten Gesetze, die jegliche Tätigkeit der UNRWA im Hoheitsgebiet des Staates Israel verbieten – wozu aus israelischer Sicht auch Ost-Jerusalem gehört. Diese Gesetze wurden umgesetzt, obschon sie gegen internationales Recht verstossen. In Gaza beschäftigt die UNRWA nach wie vor 10 000 bis 11 000 Mitarbeitende, die vor allem im Gesundheits- und Bildungswesen tätig sind. Allerdings hat der [von US-Präsident *Trump* eingesetzte, Anmerkung der *infosperber*-Redaktion] Friedensrat erklärt, dass die UNRWA in der Transitionsphase keine Rolle spielen werde. Damit übernimmt er die Position der israelischen Regierung. Die vollständige Ablösung der UNRWA bleibt also weiterhin ein politisches Ziel. Während die Israeli dieses Ziel in Ost-Jerusalem erreicht haben, üben sie weiterhin Druck auf Gaza aus. Tatsächlich sind aber unsere Kollegen und Kolleginnen in Gaza nach wie vor die wichtigsten Akteure im Gesundheitswesen und die wichtigste Organisation, wenn es darum geht, das schwere Trauma der Hunderttausende von Kindern im Gaza-Streifen zu lindern, die dort einst unsere Schulen besucht haben. Diese Aktivitäten gehen weiter. Sie zu verhindern ist schwierig, da es sich um menschliche Dienstleistungen handelt und nicht um humanitäre Hilfstransporte.

Sie beschreiben in Ihrem Buch eindrücklich die Bedeutung von Schulen und Ausbildung für Palästinenser:innen – eine Aufgabe, welche die UNRWA während Jahrzehnten erfüllt hat. Wie sieht es diesbezüglich aktuell aus, und was sind die Perspektiven?

Die Bildung war das einzige, das ihnen nie genommen wurde. Man hat ihnen Land weggenommen, man hat ihnen Häuser weggenommen, man hat sie enteignet … so ist die Bildung als einziger Schlüssel für eine bessere Zukunft zum Stolz der Palästinenser:innen geworden. Heute entzieht man ihnen auch noch dieses Recht, was meiner Meinung nach absolut katastrophal ist, weil die zunehmende Verzweiflung ein fruchtbarer Nährboden für noch mehr Radikalisierung ist. Es ist schwierig, eine Zukunft aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt sowie auf Frieden und Sicherheit basiert, wenn man eine Bevölkerung, die darüber hinaus völlig traumatisiert ist, in einem solchen Zustand der Hoffnungslosigkeit hält. Deshalb habe ich mir oft gesagt, dass Bildung als gemeinsame Priorität, als dringende Aufgabe hätte betrachtet werden müssen – aus der Erkenntnis, dass man, wenn man sich wirklich für die Förderung und die Stärkung von Frieden und Sicherheit in der Region einsetzen will, in diese Bildung investieren muss. Leider geschieht gerade genau das Gegenteil.

Scharfe Kritik und damit verbunden notorischer Geldmangel, insbesondere nach den Verdächtigungen und Anschuldigungen der Komplizenschaft mit der Hamas, zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre Ihres Mandats. Gibt es unter diesen Voraussetzungen eine Perspektive für die UNRWA?

Die Organisation ist natürlich von all diesen Desinformationskampagnen betroffen. Sie ist gewissermassen politischen Erwägungen ausgeliefert, darunter auch solchen auf nationaler Ebene unserer Geberländer. Wahlen habe ich immer mit einer gewissen Besorgnis verfolgt, weil man je nach Wahlergebnis nicht weiss, ob ein Land weiterhin Beiträge an die Organisation leisten wird oder nicht – was jeweils im umgekehrten Verhältnis zur Unterstützung oder Nichtunterstützung der Politik der israelischen Regierung steht. Die Organisation leidet weiterhin unter einer beispiellosen finanziellen Lage. Bevor ich ging, musste ich eine äusserst schwierige und schmerzhafte Entscheidung treffen: Statt unsere Mitarbeitenden für ihre absolut heldenhafte Arbeit zu belohnen, musste ich den meisten von ihnen das Gehalt um 20 Prozent kürzen. In der Tat stellt sich angesichts der anhaltend prekären finanziellen Situation die Frage, ob die UNRWA überleben wird. Dabei darf man nicht vergessen, dass die UNRWA jene Organisation ist, die bislang in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und sozialer Absicherung die Lücke gefüllt hat, die durch das Fehlen öffentlicher Institutionen für die palästinensische Bevölkerung entstanden ist. Wer wird diese Dienstleistungen übernehmen, wenn es die UNRWA nicht mehr gibt? Während meiner Zeit als UNRWA-Chef habe ich oft darauf hingewiesen, dass die UN-Generalversammlung immer wieder die Verlängerung unseres Mandats beschlossen und uns damit verpflichtet hat, öffentliche Dienstleistungen für Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu erbringen. Gleichzeitig ist die UN-Organisation jedoch für die Durchführung dieses Auftrags vollständig von freiwilligen Beiträgen abhängig und verfügt – im Gegensatz zu anderen öffentlichen Einrichtungen – über keinerlei steuerliche Instrumente. Damit befindet man sich immer ein wenig zwischen Hammer und Amboss.

Wie erlebten Sie die Rolle der Schweiz angesichts der politisch aufgeheizten Debatten zum Nahost-Konflikt ?

Von der Schweiz als Hüterin der *Genfer Konventionen* hätte ich erwartet, dass sie sich stärker für deren Einhaltung engagiert. Was mich am meisten überrascht hat, war die Erfahrung, wie beeinflussbar und den Interessen von Drittstaaten ausgesetzt unser Parlament ist. Natürlich wusste ich, dass es in jedem Land Interessensgruppen gibt, die versuchen, die Politik zu beeinflussen, um den Markt oder die Wirtschaft nach ihrem Gusto zu regulieren. Neu war für mich jedoch, dass es darüber hinaus auch Lobbygruppen gibt, die für andere Staaten werben – in diesem Fall Israel. Und dass der Zugang Organisationen gewährt wird, die als Sprachrohr dieses Staates fungieren und von unseren Politikern als ebenso glaubwürdig, wenn nicht sogar glaubwürdiger angesehen werden als Vertreter internationaler Organisationen wie des *Internationalen Roten Kreuzes* oder der Vereinten Nationen. Mich hat überrascht, wie viele Parlamentarier:innen dazu neigen, die erste Information, die ihnen seitens gewisser Lobbygruppen zu Ohren kommt, ungeprüft zu übernehmen, ohne sich die Mühe zu machen, sich gründlicher zu informieren. Wenn man bedenkt, wie emotional der israelisch-palästinensische Konflikt geführt wird und zutiefst polarisiert, ist es besonders frappant, wie viele Parlamentarier:innen zum Beispiel die Informationen einer Organisation für bare Münze nehmen und als neutral und glaubwürdig betrachten, deren Geschäftsführer in den letzten drei Jahren regelmässig als Sprecher der israelischen Armee fungierte [*Marcus Sheff*, Geschäftsführer von IMPACT-se und seit Oktober 2023 Sprecher der IDF, Anmerkung der *infosperber*-Redaktion].

Dies hatte auch Auswirkungen auf die UNRWA-Beiträge der Schweiz, die ihre Verpflichtungen zeitweise nicht erfüllt hat …

Schon im Herbst 2023 – noch vor den von Israel erhobenen Terror-Vorwürfen gegen einzelne UNRWA-Mitarbeitende – wurde im Schweizer Parlament ein Antrag mit grossem Mehr angenommen, die Beiträge an die UNRWA vorübergehend auszusetzen. Das war schockierend, in einem Moment, als der Bedarf rasant anstieg. Später wurden die Mittel von 20 Millionen auf 10 Millionen pro Jahr gekürzt und an Bedingungen geknüpft. Ein politisch motivierter Beitrag, der bewusst klein und bescheiden gehalten wird.

Sie vergleichen in Ihrem Buch den Umgang der westlichen Politik mit Israel mit der «blinden Liebe eines Elternteils zu seinem Kind», die dazu führt, dass sich das Kind zu einem Monster entwickelt … Geht es dabei aber nicht auch um handfeste nationale Interessen, wenn man an die engen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zahlreicher Länder – auch der Schweiz – mit Israel denkt?

Natürlich stehen letztlich enorme wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Vor allem in den Bereichen Hightech, Überwachung und Künstliche Intelligenz, was manche Länder vielleicht zögern lässt. Was ich mit diesem Vergleich aber vor allem sagen wollte: Wenn man den Kreislauf der Straflosigkeit aufrechterhält, endet das in einem Blutbad. Bislang hat Israel für all seine Verstösse gegen das Völkerrecht nicht die geringste Vergeltung erhalten. Es gab weder diplomatische noch wirtschaftliche oder sonstige Konsequenzen. Schauen Sie sich all die Diskussionen an, die zur Frage des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel geführt wurden. Dabei steht im Assoziierungsabkommen unmissverständlich: Die Menschenrechte müssen geachtet werden. So einfach ist das. Obschon dem Ausschuss zahlreiche Berichte vorgelegt wurden, die belegen, dass Menschenrechte verletzt werden, haben es die 27 Mitgliedsstaaten nicht geschafft, sich auf Massnahmen gegen Israel zu einigen … Je länger wir diesen Kreislauf der Straflosigkeit aufrechterhalten, desto weniger werden wir etwas

Fortsetzung auf Seite 5

Schleichende Degradierung der internationalen Beziehungen

von Aleksandr Levanovich, Erster Botschaftsrat, Botschaft der Republik Belarus in der Schweiz

ef. Vom 4.–6. September 2026 fand der XXXIII. Kongress «Mut zur Ethik» in Sirnach im Schweizer Kanton Thurgau statt, dieses Jahr zum Thema «In Würde leben». Eine erste Folge der dort gehaltenen Vorträge haben wir in *Zeit-Fragen* Nr. 20/21 vom 29. September und Nr. 22 vom 13. Oktober veröffentlicht. Weitere Vorträge werden in den kommenden Ausgaben von *Zeit-Fragen* folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Experten

Ich bedanke mich recht herzlich im Namen der Botschaft der Republik Belarus in der Schweiz für die Gelegenheit, vor Teilnehmern des XXXIII. Kongresses «Mut zur Ethik» sprechen zu dürfen. Es ist mir eine grosse Ehre und Freude, die Position meines Landes, aber auch einige persönliche Gedanken mit Ihnen zu teilen und hoffentlich dazu beizutragen, was den Sinn der traditionellen Septembergespräche ausmacht – Entwicklungen und Zusammenhänge unter anderem Blickwinkel anzusehen.

Selbstverständlich deklarieren alle Staaten und internationalen Organisationen als ihr Hauptziel, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Die Mittel, die Wege und die Möglichkeiten für die Gewährleistung der Menschenrechte können dennoch unterschiedlich sein.

Dass es Menschenrechtsdefizite in jedem Land gibt, ist vollkommen klar. Aber gerade Belarus wurde zur Zielscheibe westlicher Kritik und medialer Hetzjagd, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass mehrere Versuche, eine farbige Revolution zum Sturz der Regierung in Minsk zu organisieren, gescheitert sind.

Im postsowjetischen Raum stellt Belarus in vielerlei Hinsicht eine Ausnahme dar. Minsk war schon immer ein Dorn im Auge der westlichen Globalisten, denn in der Aussenpolitik hat Belarus nicht auf die Abkopplung von Russland, sondern auf die vertiefte Integration im Rahmen des Unionsstaates gesetzt. Als der Westen es erkannt hatte, wurde Belarus seit Ende der neunziger Jahre sofort unter die Lupe genommen und mit verschiedenen Sanktionen belegt. Die Bezeichnung «letzte Diktatur Europas» liess sich natürlich leicht merken und wurde gerne von Medien aufgegriffen. Die Bekundungen der EU über die «Unterstützung des belarussischen Volkes» bei der Einführung der Sanktionen erwiesen sich als zynische Heuchelei. Die Handelsverbote, die Einstellung des Flug- und Eisenbahnverkehrs, die Schliessung von Grenzübergängen treffen vor allem einfache Menschen.

In der Republik Belarus misst man den grundlegenden Menschenrechten, welche im Kontext der Würde eines Menschen nicht wegzudenken sind, traditionsgemäss eine besondere Bedeutung bei. Das sind das Recht auf Arbeit, das Recht auf kostenlose Bildung, auf kostenlose medizinische Versorgung auf einem sehr hohen Niveau. Sie können z. B. innerhalb von ein bis zwei Tagen einen kompletten Gesundheitscheck in Belarus machen lassen. Familien mit Kindern bekommen in unserem Land eine grossartige finanzielle Unterstützung und günstige Kredite beim Wohnungsbau. Gas- und Strompreise werden staatlich subventioniert, um bezahlbare Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten zu sichern.

Es war und ist nicht immer der Weg der Marktwirtschaft, den man uns als alleiniges Heilmittel aufzwingen wollte. Aber wir haben in Belarus unser eigenes Entwicklungsmodell auf die Beine gestellt, auf das wir stolz sein können. Durch den Verzicht auf eine zügellose Privatisierung und dank der Modernisierung verschiedener Branchen konnte unser Land sein Industriepotential erhalten und ausbauen. Noch wichtiger war die Tatsache, dass diese Massnahmen Gräben zwischen Arm und Reich vorbeugen konnten. Der Privatsektor in Belarus hat sich auch etabliert und erzeugt heute etwa 50 % der Bruttowertschöpfung. Dort sind rund 57 % aller Arbeitnehmer beschäftigt.

Westliche Experten haben den Zusammenbruch der belarussischen Wirtschaft jahrzehntelang prophezeit, weil man sich damit nicht abfinden konnte, dass es alternative Wege gibt. «Das darf nicht sein, denn das kann niemals sein» – dieser Spruch aus der Erzählung «Brief an einen gelehrten Nachbarn» des bekannten russischen Schriftstellers *Anton Tschechow* wäre hier wohl zutreffend.

Selbstverständlich machen uns die angespannte Situation in der gesamten Region und der Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft grosse Sorgen. Belarus versucht, gute Dienste in dieser schwierigen Phase zu leisten. Es mag nicht allen bekannt sein, dass der Austausch von Gefangenen und Leichen der Gefallenen zwischen Russland und der Ukraine auf belarussischem Boden stattfindet. Seit Beginn des Konflikts in Donbass 2014 wurden in Belarus über 160 000 ukrainische Bürger aufgenommen. Um die Integration dieser Menschen in die Gesellschaft zu erleichtern, wurde sogar die Gesetzgebung angepasst, z. B. alle in der Ukraine ausgestellten Fachschul- und Hochschulabschlusszeugnisse werden bei uns automatisch anerkannt.

Aus Sicht der Republik Belarus ist die Gestaltung einer neuen multipolaren Weltordnung ein unaufhaltsamer und unumkehrbarer Prozess, der sich zurzeit sehr schwierig gestaltet und zusätzliche Spannungen, Konflikte und Krisen provoziert. Die Geburt der neuen Weltordnung ist also schmerzhaft, aber noch kontrollierbar, wenn globale Akteure sich an einige wenige Regeln halten würden, die es uns sogar in schwierigen Zeiten des Kalten Krieges ermöglicht haben, die Menschheit vor dem Einsatz der Massenvernichtungswaffen zu bewahren.

Es wäre viel zu einfach, die Ursachen des heutigen Krieges in der Ukraine im Jahre 2014 zu suchen. Alles begann viel früher, wahrscheinlich mit völkerrechtswidrigen Bombardierungen des ehemaligen Jugoslawiens durch die Nato, mit Kriegen in Irak, Afghanistan und Libyen. Die Nato-Ost-Erweiterung führte dazu, dass ausländische Truppen direkt an der Grenze zu Belarus stationiert sind und kontinuierlich verstärkt werden, unter verschiedenen Vorwänden, z. B. illegale Migration, hybride Angriffe usw.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion betrat der Westen einen sehr gefährlichen Weg, indem er eigene Interessen durchsetzen wollte, ohne auf essentielle Gefahren und Bedrohungen für andere Staaten in unserer Region zu achten und deren Sicherheitsbedenken auch minimal zu berücksichtigen. Man glaubte ja, den Kalten Krieg «gewonnen zu haben». Zur dominierenden Parole wurde die These über das angebliche Ende der Geschichte («The End of History», nach dem Buch von *Francis Fukuyama*). In westlicher Wahrnehmung war man sich ziemlich sicher, dass sich Moskau weder militärisch noch wirtschaftlich je erholen kann und wird. Und nicht bloss kleinere Länder wie Belarus wurden immer eines Besseren belehrt und mit einer nie dagewesenen Arroganz behandelt. Russland wurde ebenfalls ständig kritisiert, kleingeredet, als rückständiges Land dargestellt, zur regionalen Macht herabgestuft usw.

Es ist besorgniserregend, dass in der heutigen Konfrontationsspirale, in der die Welt und vor allem unsere Region sich befinden, die internationalen Beziehungen weitgehend degradiert werden. Aus meiner Sicht ist es höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, was man tun kann, um die Erosion der Diplomatie abzuwenden und die Traditionen und die angemessene Kultur der internationalen Beziehungen zu bewahren.

Erstens: Es ist lebenswichtig, das gegenseitige Vertrauen nach und nach zu reparieren.

Aleksandr Levanovich (Bild wp)

Ohne diese Voraussetzung wird es kaum denkbar sein, die weitere Schwächung internationaler Organisationen zu verhindern, das Thema Abrüstung wieder auf die Tagesordnung zu bringen, Handelskonflikte auf eine zivilisierte Weise und im rechtlichen Rahmen zu lösen.

Zweitens: In der absehbaren Perspektive ist es aber entscheidend, die Gesprächs- und Verhandlungskanäle nicht komplett zu verlieren, sowohl bilateral als auch im multilateralen Rahmen. Was heute bei der Uno, geschweige denn bei der OSZE (übrigens unter Vorsitz der Schweiz) passiert, hat wenig mit einem konstruktiven Austausch zu tun, sondern ist eher in den Bereich Theater einzuordnen. Leider ist die Bereitschaft, einen seriösen, argumentativen Austausch zu führen, abhanden gekommen. Verlorengegangen ist auch die Fähigkeit, dem Kontrahenten zuzuhören und zu verstehen, was ihn bewegt. Der aktuelle Trend, sich einer primitiven *Social-Media*-Diplomatie zu bedienen, ist ein minderwertiger Ersatz klassischer Verhandlungen.

Drittens: Der Verzicht auf die unbegründete Überheblichkeit gegenüber allen Ländern und Völkern, ein respektvoller Umgang mit anderen Werten und Traditionen. Die «regelbasierte Ordnung» ist eine praktische Erfindung für die Lösung eigennütziger Probleme selbst auserwählter Staaten. In Wirklichkeit ist die Welt gross. Und die Länder des sogenannten kollektiven Westens sind längst kein Nabel der Welt, auch wenn man das gerne weiterhin glauben möchte. Belarus ist z. B. seit 2024 Mitglied in der *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit*. In demselben Jahr haben wir den Status des Partnerlandes bei der BRICS bekommen. Wir leben im eurasischen Raum, die EU ist nur ein Teil davon und muss aufpassen, dass sie nicht den Anschluss verliert.

Viertens: Man sollte endlich aufhören, Sport und Kultur für geopolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Das Verbot für Sportler aus Belarus und Russland, an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen, ist ein krasses Beispiel für doppelte Standards und eine unverhohlene Heuchelei. Alle Restriktionen im Sportbereich sollten, aus meiner Sicht, schnellstmöglich aufgehoben werden. In den letzten Monaten gab es positive Entwicklungen. Nach offizieller Empfehlung des IOC haben zahlreiche internationale Sportverbände die uneingeschränkte Teilnahme von russischen und belarussischen Sportlern wiederhergestellt. Aber bei vielen Sportföderationen, wo eine ausgeprägte Russophobie dominiert, hat sich nichts bewegt, etwa bei Biathlon oder Eishockey. Haben Sie, liebe Teilnehmer, irgendwo gehört, dass sich dieselben internationalen Sportverbände je für die Ausladung von amerikanischen oder israelischen Sportlern wegen des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran eingesetzt haben? An dieser Stelle kann man eine ganze Reihe von rhetorischen Fragen stellen.

Dasselbe gilt für Kultur und Städtepartnerschaften. Ich glaube, dass die «Cancel Culture», also die «Absagekultur», für alle ein Begriff ist. Auf diese Idee ist man erst im Kontext des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine gekommen. Warum? Weil gegen Russland anscheinend alle Mittel recht sind. In deutschsprachigen Medien finden Sie kaum etwas über das gesetzliche Verbot der russischen Sprache in der Ukraine oder das faktische Sprachverbot in baltischen Staaten.

Fünftens: Auf die Führung kognitiver Kriege verzichten. Man überbietet sich in Desinformationskampagnen und «fake-news», die Presse heizt die Stimmung an und verbreitet verkrustete Vorurteile und Klischees, die auch mein Land tagtäglich betreffen.

Fortsetzung auf Seite 6

«Keine Lösung ohne Druck …»

Fortsetzung von Seite 4

ändern können. Heute wissen wir, dass der Wandel nicht von innen kommen wird: Egal, ob bei den aktuellen Wahlen in Israel die Opposition oder die derzeitige Regierungspartei gewinnt – niemand wird auch nur den geringsten Prozess der Annäherung, des Dialogs oder des Friedens mit den Palästinensern einleiten. Keine politische Partei hatte dieses Thema in ihrem Wahlprogramm: Sie sind sich alle einig, dass es keine Zwei-Staaten-Lösung geben wird. Wenn man wirklich daran festhalten will, und nicht nur mit Worten, muss der Druck von aussen kommen. Je länger die Straflosigkeit andauert, desto mehr werden sie weiterhin das Völkerrecht mit Füssen treten und missachten. •

[1] Lazzarini, Philippe. *Temoin de Gaza. Ce qui ne s'efface pas*, erhältlich unter anderem bei *Payot* zum Preis von 25 Franken.

[2] Diese Angestellten waren auf Grund der israelischen Anschuldigungen von *Lazzarini* umgehend entlassen worden. Über die anschliessenden Untersuchungen schreibt Lazzarini in seinem Buch: «Im Fall eines Mitarbeiters lagen keine Beweise vor: Es handelte sich um einen Irrtum, und er wurde wieder in die Agentur aufgenommen. Bei neun weiteren Mitarbeitern waren die vorgelegten Beweise schlichtweg unzureichend, und die Ermittler schlossen diese Fälle ab. Bei den verbleibenden neun Mitarbeitern könnten die vorgelegten Beweise – sofern sie beglaubigt und bestätigt werden – die Grundlage für eine Strafverfolgung hinsichtlich ihrer mutmasslichen Rolle bei den Anschlägen vom 7. Oktober bilden. Keiner der betroffenen Mitarbeiter wurde direkt von den Ermittlern befragt.» – Da Israel trotz wiederholter Aufforderungen durch die Untersuchenden keine weiteren Beweise für seine Anschuldigungen vorlegte, konnte in keinem der Fälle eine Strafverfolgung aufgenommen werden.

Erstveröffentlichung *https://www.infosperber.ch/politik/keine-loesung-ohne-druck-auf-israel/* vom 20.10.2026

«Friedhof der Dörfer» in Chatyn. 185 Gräber symbolisieren je eines der nicht wiederbelebten belarussischen Dörfer, die mitsamt ihrer Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg verbrannt sind (das 186. nicht wiederhergestellte Dorf ist Chatyn). (Bild Veenix Leo Ensel, CC BY 3.0, WikimediaCommons)

Dreiunddreissig Prozent – Der deutsche Genozid in Belarus 1941–1944

*von Dirk Pohlmann**

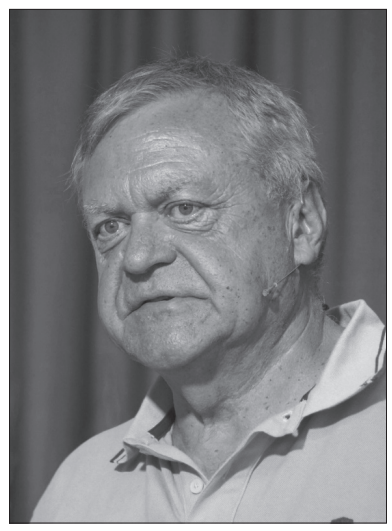
Mein Vortrag hat den Titel 33 Prozent; das ist der Prozentsatz der Bevölkerung in Belarus, der von den Deutschen ermordet wurde. 33 Prozent. Ich hatte an der Universität noch 15 bis 20 Prozent gehört.

Eine Vorbemerkung: Im Jahr 2022 haben wir über Manipulationen bei *Wikipedia* berichtet, und mich hatte es interessiert, dass *Oliver Schneemann* in Belarus in Dremlevo war, in dem ersten Dorf, das von deutschen Truppen komplett ausradiert worden war, als erster Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg. Er hatte mit einem belarussischen Historiker einen *Wikipedia*-Artikel über die Vernichtung Dremlevos verfasst. Dieser Artikel hatte in *Wikipedia* eine Lebensdauer von 90 Sekunden, bevor er komplett gesperrt wurde. Das hatte mich interessiert, weil es nahelegte, dass aufgepasst wird, was in *Wikipedia* hineindarf; wie damit umgegangen wurde, war ein Symptom. Von dieser Berichterstattung ausgehend, bin ich mehrmals in Belarus gewesen. Ich war damals arrogant genug zu denken, dass man mir nichts Wesentliches mehr über den Zweiten Weltkrieg erzählen kann, was ich nicht weiss. Ich musste aber feststellen, dass mir die Dimension der Verbrechen der Wehrmacht in Belarus nicht bekannt war. Dazu gehörte etwas, was ich am Anfang nicht glauben wollte: Dass es Lager gab, ungefähr 14, in denen 6–14jährige Kinder aufbewahrt wurden, um sie als lebende Blutkonserven für deutsche Offiziere zu verwenden [siehe Kasten]. Sie wurden ausgeblutet. Nach dem zweiten Mal waren sie meistens tot. Als wir darüber sprachen, schaute mich mein russischer Freund an und fragte: Was stimmt eigentlich nicht mit euch? Ich muss sagen, diese Frage habe ich mir in dem Moment selbst gestellt. Und warum hatte ich davon noch nie gehört?

Es gibt diesen berühmten Satz: «Das Geheimnis der Erlösung heisst Erinnerung.» Dieser Satz eines Rabbiners aus dem 18. Jahrhundert steht am Ausgang des *Yad Vashem Holocaust Museums* in Jerusalem. Es ist eines der am häufigsten verwendeten Zitate im Zusammenhang mit der Vernichtungspolitik des Dritten Reiches. Der Satz ist die Aufforderung, den Völkermord an den Juden nicht zu vergessen. Die Bemühungen sind erfolgreich. 95 % der erwachsenen Deutschen kennen den Begriff Holocaust. Die Lücken in den Kenntnissen – zum Beispiel haben etwa 12 Prozent der jungen Deutschen noch nichts vom Holocaust gehört – werden in zahlreichen Medienberichten stets als erschreckend bezeichnet, und die Berichte fordern dazu auf, sie durch Information und Erziehung zu schliessen. In der *Memo Studie* der *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* von 2018 – es ist die letzte zu diesem Thema – wurden Deutsche gefragt: Mit welchen heutigen europäischen Ländern verbinden Sie den Zweiten Weltkrieg am stärksten? Mehrfachnennungen waren möglich. 74,9 % sagten Frankreich, 60,3 % Polen, 41,3 % Grossbritannien, 36,3 % Russland, 24 % Italien, 13 % Österreich, 8 % Sowjetunion, wobei Russland und die Sowjetunion unterschieden wurden. Die Ukraine haben etwa 1 % genannt und Weissrussland 0,1 %. 0,1 Prozent!

Deswegen habe ich mit der Information über 33 Prozent angefangen, die vernichtet wurden. Die Erlösung durch Erinnerung wird seltsam selektiv gehandhabt. In der Sowjetunion sind im Zweiten Weltkrieg, der im Osten ein Vernichtungskrieg war – das muss man klar so benennen, das war keine normale Kriegsführung –, 27 Millionen Menschen ums Leben gekommen, die Hälfte davon waren Zivilisten. Das wissen einige Deutsche; etwa der gleiche Prozentsatz wie der Anteil der Jugendlichen, die nichts vom Holocaust wissen. Tatsächlich aber hat kein Land stärker unter der Vernichtungspolitik der Nazis im Zweiten Weltkrieg gelitten als das heutige Belarus. 33 Prozent der Bevölkerung sind dort getötet worden. Das ist der aktuelle Stand der Zählung. Bis heute werden noch Massengräber entdeckt. Als ich eingeladen war zu einer Veranstaltung in Belarus, sind wir durch eine Ausstellung gegangen, mit Gegenständen aus einem gerade gefundenen Massengrab. Da waren Überreste, Schuhe, Löffel, auch Bruchstücke der Gebeine der ermordeten Menschen. Während ich das Thema recherchierte, habe ich drei Artikel gefunden in internationalen Medien über neu entdeckte Massengräber. Belarus gehörte ja damals zur Sowjetunion. Warum diese Zahl von 15 auf 33 Prozent gestiegen ist, ist also nicht, weil man das erfindet, sondern weil es verwaltungsmässig ein Teil der Sowjetunion war. Die Zuordnung der Orte, die gefunden werden, ist schwierig, weil die Grenzen sich nach dem Krieg geändert haben. Das ist der Grund, warum diese Zahl immer noch steigt. Wahrscheinlich wird sie nicht mehr viel steigen, aber es ist wichtig zu wissen, dass es an der unterschiedlichen Verwaltungsstruktur liegt. Man kann nicht einfach in den Akten einer Oblast nachschauen.

«Das Geheimnis der Erlösung heisst Erinnerung.» Wenn das stimmt, steht es sehr schlecht um die Erlösung der Deutschen und der Belarussen. Denn bevor man etwas vergessen kann, muss man es erst mal wissen. Und wir wissen fast nichts über den Völkermord in Belarus. Wie viel schlechter als um die Kenntnisse der Shoah steht es um die Kenntnisse über den Genozid an den Belarussen? Noch einmal: 33 Prozent der Bevölkerung sind zwischen 1941 und 1944 ermordet worden. In vielerlei Hinsicht erinnert die Vernichtung in Belarus in den Dimensionen an den Dreissigjährigen Krieg. *Hermann Göring*, unter dessen Leitung wesentliche Operationen des Genozids in den besetzten Ostgebieten geplant wurden, kündigte damals das grösste Sterben seit dem Dreissigjährigen Krieg an, denn das Sterben war geplant. Es ist nicht die Folge von Antipartisanen-Operationen. In der Nähe von Minsk befindet sich an der Stelle eines ausgelöschten Dorfes die Gedenkstätte Chatyn – nicht zu verwechseln mit dem Katyn bei Smolensk –, man nennt sie den «Friedhof der Dörfer» [Bild Seite 5]. Es waren überwiegend Wehrmachtseinheiten, die den Massenmord durchführten. Bis zur Wehrmachtsausstellung in Deutschland über die Verbrechen der Wehrmacht (1995–1999) gab es den Mythos, dass die Wehrmacht sauber gekämpft hatte und die Verbrechen durch SS-



Dirk Pohlmann (Bild syst)

Einheiten, Polizeieinheiten, Einsatztruppen durchgeführt wurden. Aber es waren überwiegend Wehrmachtseinheiten. Sie vernichteten bei ihrem Genozid diese Dörfer meist, indem sie die Bevölkerung in Scheunen oder Kirchen trieben, die Gebäude anzündeten, und die Menschen, die noch aus den Flammen flüchten konnten, erschossen oder erschlugen.

Die Gedenkstätte Chatyn erinnerte ursprünglich an 186 belarussische Dörfer, die mitsamt ihren Bewohnern zerstört und nie wieder aufgebaut wurden, weil es die Bewohner nicht mehr gab. Sie verschwanden einfach. Das Dorf Chatyn steht stellvertretend für diese verbrannten Dörfer. Seine 140 Einwohner, die Hälfte davon Kinder, wurden getötet. Es gab vier Überlebende, einen Erwachsenen und drei Kinder, die fliehen konnten. Die Gedenkstätte wurde 2023 neu eröffnet. Der Umbau war nötig geworden; denn nun steht fest, dass nicht wie vorher angenommen wurde, 20 bis 25 % der Belarussen ermordet wurden, sondern eben 33 %. Nicht 186, sondern mindestens 290 Ortschaften haben das gleiche Schicksal wie Chatyn erlitten. Sie wurden zerstört und nie wieder aufgebaut, weil alle ihre Bewohner tot waren. Zudem wurde festgestellt, dass weitere, bisher nicht erfasste 3668 Ortschaften vollständig oder teilweise zerstört wurden, so dass sich die Gesamtzahl der zerstörten Dörfer nun auf 12 868 beläuft, auch wenn an den meisten Orten später wieder Menschen siedelten. Die Gedenkstätte in Chatyn ist ungeheuer eindrucksvoll. Es stehen noch die Schornsteine der Häuser, die als einzige übriggeblieben sind, und daran hängen Glocken, die dissonant, verstörend immer wieder erklingen [Bild Seite 7]. Es ist ein sehr eindrucksvolles, ein sehr gelungenes Museum.

Fortsetzung auf Seite 7

* *Dirk Pohlmann*, Jahrgang 1959, studierte Publizistik, Philosophie und Jura, erwarb eine Berufspilotenlizenz und die Instrumentenflugberechtigung, war Geschäftsführer der *CargoLifter World GmbH* und absolvierte eine Ausbildung als Projektmanager. Er produzierte als Drehbuchautor und Filmregisseur mehr als 20 Dokumentationen für *arte*, ZDF und ARD, die in mehr als 20 Ländern im TV ausgestrahlt wurden, etwa in den USA, Kanada, Russland und Australien. Er ist Investigativ-Journalist und schreibt für zahlreiche Blogs, Zeitschriften (*Hintergrund*) und Magazine, man findet ihn in zahlreichen *YouTube*-Kanälen (z. B. *MANOVA*, *apolut*, *overton*).

«Schleichende Degradierung …»

Fortsetzung von Seite 5

Wenn man die heutige mediale Kommunikation auf zwischenstaatlicher Ebene und Berichte in westlichen Leitmedien ansieht, überwiegen dort Hass, Intoleranz und Inkompetenz. Man versucht unverschämt, den Kontrahenten zu entwürdigen, ja, sogar zu entmenschlichen. Direkte Aufrufe zum Töten kommen sogar vor. Aktuelles Beispiel: die Frage des deutschen FAZ-Journalisten an den ukrainischen Staatschef *Selenski* bei der jüngsten Pressekonferenz in Serbien.[1] Dank dieser medialen Blase wähnt man sich sogar in einer gefährlichen Illusion, dass man einer atomaren Macht eine «stragetische Niederlage» zufügen könne. Es ist höchste Zeit, zur Realität zurückzukehren und anstatt taktisch zu handeln, wie westliche Eliten es tun, zur strategischen Planung überzugehen. Die Nachbarn kann man nicht wählen, aber wir selbst sind dafür verantwortlich, ob wir gutnachbarschaftliche Beziehungen aufbauen oder eben uns in der Konfrontation verzetteln.

Gerade deswegen setzt sich Belarus international vor allem dafür ein, die heutige Konfrontation zu entschärfen, das Vertrauen in den internationalen Beziehungen wiederherzustellen und gemeinsame Sicherheit durch einen gleichberechtigten Dialog zu stärken. Die gleiche Sicherheit für alle und nicht die Sicherheit auf Kosten eines anderen. Niemand braucht einen neuen Weltkrieg.

In diesem Sinne wurde von Minsk die Initiative der *Eurasischen Charta der Vielfalt und Multipolarität im 21. Jahrhundert* lanciert. Im September 2026 soll am Rande der UN-Generalversammlung in New York ein Ministertreffen stattfinden, um den Verhandlungsprozess zur Ausarbeitung der Eurasischen Charta offiziell einzuleiten.

Die Republik Belarus, die im Zweiten Weltkrieg unvorstellbares Leid und enorme Verluste zu ertragen hatte, plädiert konsequent für eine beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit und ein friedliches Zusammenleben. Nur gemeinsam, nur durch einen direkten und konstruktiven Dialog kann eine sichere Zukunft für uns alle und für nächste Generationen gewährleistet werden.

[1] Die Frage von *Michael Martens* im Wortlaut: «Was können wir konkret tun, um Ihnen zu helfen, mehr Russen, mehr russische Soldaten zu töten?» (Anm. d. Red.)

Krasnyj Bereg – ein Brief

von Scott Ritter

Und so stiess ich auf die Geschichte von Krasnyj Bereg im Bezirk Shlobin der Region Gomel in Weissrussland. Es handelte sich um ein recht grosses Dorf, in dem mehrere landwirtschaftliche Betriebe tätig waren.

Es verfügte über eine eigene Schule für die Kinder der Arbeiter.

Am 5. Juli 1941 wurde Krasnyj Bereg von den vorrückenden Einheiten der Wehrmacht besetzt. In einem der alten Landgutshöfe richteten die Nazis ein Militärspital ein, das sich zu einer der grössten Sammelstellen für verwundete deutsche Soldaten auf dem Gebiet von Weissrussland entwickelte.

In den ersten anderthalb Jahren des Krieges nahm Krasnyj Bereg verwundete deutsche Soldaten und Offiziere auf. Bis 1943 überstiegen die Verluste der Wehrmacht jedoch die Möglichkeiten des deutschen Militärs, Blut für Transfusionen bereitzustellen. Die deutschen Ärzte wandten sich an ein Kinderkonzentrationslager am Rande von Krasnyj Bereg, in das Kinder aus der Stadt und den umliegenden Ortschaften zwangsweise gebracht worden waren. Die Deutschen wählten Kinder im Alter zwischen 8 und 14 Jahren aus – in diesem Alter entwickelt sich der menschliche Körper am schnellsten, weshalb ihr Blut die besten Eigenschaften aufweist. Besondere Aufmerksamkeit galt den Mädchen, da sie meist die Blutgruppe A mit positivem Rhesusfaktor hatten, die universell kompatibel ist.

Nachdem sie einer medizinischen Untersuchung unterzogen worden waren, um sicherzustellen, dass die potentiellen Spender krankheitsfrei waren, wurden die «gesunden» Kinder bis zu ihrem Tod als Blutspender für verwundete deutsche Soldaten missbraucht; anschliessend wurden ihre Leichen durch Einäscherung beseitigt.

Über 2000 weissrussische Kinder wurden auf diese Weise von den Deutschen ermordet, einige im Spital in Krasny Bereg, andere wurden nach Deutschland verschleppt, um dort ausgeblutet zu werden.

Eines der Kinder, deren Abtransport geplant war, war *Katja Susanina*.

An der Gedenkstätte, die in Krasny Bereg zu Ehren der Kinder errichtet wurde, die während der deutschen Besatzung ihr Leben verloren haben, befindet sich eine Kopie eines Briefes, den eines der Mädchen verfasst hat, die für die Deportation nach Deutschland ausgewählt worden waren.

«Lieber Papa, heute bin ich 15 Jahre alt geworden. Wenn Du mich jetzt gesehen hättest, würdest Du Deine Tochter nicht wiedererkennen. Meine Augen sind eingefallen, die Zöpfe schneiden mir in den Kopf, meine Hände sind ausgetrocknet und sehen aus wie ein Rechen. Ich bin dünn wie ein Skelett, und in meinen Augen stehen salzige Tränen. Ich huste Blut.

Papa, erinnerst Du Dich, als ich vor zwei Jahren 13 wurde? Das waren noch gute Zeiten. Du hast mir damals gesagt: ‹Wachse gross, mein Töti, wir sind sehr glücklich.› Ich habe das Grammophon angemacht, meine Freunde haben mir zum Geburtstag gratuliert, und wir haben unser Lieblingslied der Pioniere gesungen.

Ich werde nicht in dieses dreifach verfluchte Deutschland gehen. Ich habe beschlossen, dass es besser ist, auf meinem Heimatboden zu sterben als in dem verfluchten Deutschland unter die Stiefel zu kommen. Vermache, Papa, dass meine Mutter und ich gerächt werden. Leb wohl, lieber Papa, ich gehe sterben. Deine Tochter Katja Susanina.»

Der Brief war auf den 13. März 1943 datiert.

Quelle: Quelle: «Reflections of a Hypocrite, Part One: Defining the Problem» (Auszug) https://scottritter.substack.com/ vom 10.9.2026

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Dreiunddreissig Prozent …»

Fortsetzung von Seite 6

Der Genozid in Belarus war eine Verschränkung von sogenannten Massnahmen zur Bandenbekämpfung, also ein Partisanenkrieg, dem «Backe-Plan», auch Hungerplan genannt, und der im «Generalplan Ost» vorgesehenen Ermordung von etwa 35 Millionen Sowjetbürgern in den von den Deutschen besetzten Gebieten. Sie sollten überwiegend durch Verhungern beseitigt werden. Der Backe-Plan und der Generalplan Ost wurden von der NS-Bürokratie vor dem Hintergrund des sogenannten Steckrübenwinters entworfen. Der Steckrübenwinter war eine Hungersnot in Deutschland im Kriegswinter 1916/17, bei der nach neueren Erkenntnissen etwa 424 000 Menschen ums Leben kamen. Die Hauptursache für diese Hungersnot war die britische Seeblockade, die Importe von Lebensmitteln und Düngern stark einschränkte, schlechte Ernten, militärische Priorisierung der Versorgung an der Front und organisatorische Probleme bei der Rationierung. Besonders betroffen waren Kinder, Alte und Arme in den Städten. Diese Hungersnot trug wesentlich zur Kriegsmüdigkeit bei, zu Streiks, zum Beispiel 1917, und zu den Matrosenaufständen in Kiel im November 1918 und letztlich zur Novemberrevolution.

Die Nazis und viele Konservative interpretierten das als Dolchstoss von hinten. Die Heimatfront sei zusammengebrochen wegen des Steckrübenwinters, während die Armee noch stand. *Hitler* und die NS-Führung zogen daraus bereits in der Planung des Krieges eine klare Lehre: Niemals wieder sollte das deutsche Volk hungern müssen, weil das die innere Stabilität und den Durchhaltewillen im Krieg zerstört. Die Ernährung der eigenen Bevölkerung und der Wehrmacht hatte absolute Priorität. Aus dieser Ausgangslage entstand der Backe-Plan, auch Hungerplan genannt. Das war eine Art Anti-Steckrübenwinter-Strategie. Man war bereit, Millionen Menschen im besetzten Osten bewusst verhungern zu lassen, um genau diese Situation zu vermeiden, die 1918 nach Ansicht der Nazis zum Zusammenbruch geführt hatte: zu Hunger, Unruhen, Revolution, letztlich zur Niederlage. Er wurde hauptsächlich von *Herbert Backe*, Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, ausgearbeitet, in Abstimmung mit Hermann Göring, verantwortlich für den Vierjahresplan, mit General *Georg Thomas*, der Wehrwirtschaft und anderen. 20 bis 30 Millionen Tote wurden einkalkuliert, vor allem in den nördlichen und städtischen Zuschussgebieten der Sowjetunion. Backe und seine Mitarbeiter gingen explizit davon aus, dass man den Hunger nach Osten exportieren müsse. Dokumente vom Mai 1941 – also vor dem Angriff auf die Sowjetunion – von einer Staatssekretärsbesprechung, ähnlich der *Wannsee-Konferenz*,

Für jedes der niedergebrannten Häuser steht ein Schornstein-Obelisk, auf dem sich Bronzetafeln mit den Namen derer befinden, die hier geboren wurden und gelebt haben. Oben auf jedem Obelisken befindet sich eine traurig klingende Glocke. Die Glocken läuten alle 30 Sekunden gleichzeitig. (Bild https://e-cis.info/news/568/99125/)

machen deutlich, dass man zig Millionen Sowjetbürger verhungern lassen wollte, um Hunger in Deutschland sicher zu vermeiden.

Es gibt keine einzelnen Hungerplan-Urkunden mit diesem Titel, sondern eine Reihe interner Planungspapiere, Protokolle und Richtlinien. Diese wurden in den *Nürnberger Prozessen* verwendet: Vor allem die bereits erwähnte Aktennotiz über die Staatssekretärsbesprechung vom 2. Mai 1941. Da steht zum Beispiel, der Krieg sei nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im dritten Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden, erstens, «zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird»; zweitens, wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation – eine detaillierte Ausarbeitung der landwirtschaftlichen Ausbeutung. Sie beschreiben die Trennung von Überschussgebieten im Süden, z. B. den Schwarzerdeböden der Ukraine, wo Getreide produziert wurde, und den dichter besiedelten Verbrauchsgebieten im Norden. Das Getreide im Süden wurde nach Deutschland gebracht. Im Norden wurde im grossen Stil gemordet, die Bevölkerung der «unnützen Esser» wird reduziert. «Viele Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen», steht in Görings grüner Mappe, aus der auch der Vergleich mit dem Dreissigjährigen Krieg stammt. In Backes «12 Geboten für den Landwirtschaftsführer» steht: «Armut, Hunger und Genügsamkeit erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten. Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid.»

Der Hungerplan wurde nur teilweise umgesetzt, unter anderem wegen militärischer Rückschläge. Er ist eine Mischung aus rassistischem Vernichtungswillen und utilitaristischer Planung zum ausschliesslichen Nutzen Deutschlands. Deswegen war der Krieg im Osten ein Vernichtungskrieg, das war so beabsichtigt. Der Hungerplan ist das eine zentrale Beispiel für den deutschen Vernichtungskrieg im Osten. Das zweite wesentliche Element war der «Generalplan Ost» (1941–1942). Der Generalplan Ost wurde unter Federführung *Himmlers* ausgearbeitet, unter Leitung von *Konrad Meyer* für das Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, das Reichssicherheitshauptamt und das Institut für Agrarwesen und -politik der Berliner *Friedrich-Wilhelms-Universität*. Dieser Plan sah die Vertreibung, Versklavung oder Dezimierung von 30 bis 45 Millionen fremdvölkischer Slawen vor, um Platz für deutsche Siedler zu schaffen. Hunger war eine Methode neben Deportation und direkter Vernichtung. Heinrich Himmler: «Es handelt sich um einen Existenzkampf, also wird es ein rassischer Kampf von unerbittlicher Härte sein, in dessen Verlauf 20 bis 30 Millionen Slawen und Juden durch militärische Aktion und Ernährungskrisen umkommen werden.» Der Plan sah vor, dass 80 bis 85 Prozent der Polen sowie grosse Teile der Russen und Ukrainer entfernt werden sollten durch Tod, Deportation nach Sibirien oder Versklavung. Juden sollten völlig «entfernt» werden. Die Prozentzahl der Juden in Belarus war hoch. Der Generalplan Ost entstand unter der Führung von Konrad Meyer an der damaligen *Friedrich-Wilhelms-Universität*, heute *Humboldt-Universität* Berlin. Konrad Meyer (1901–1973) war dort Professor für Ackerbau und Landbaupolitik an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Er war SS-Oberführer, das ist ein SS-Dienstgrad zwischen Oberst und General. Er organisierte die wissenschaftliche Grundlage für Vertreibung, Germanisierung und Massensterben im Osten. Himmler beauftragte ihn direkt. Meyer koordinierte Experten aus verschiedenen Disziplinen. Nach 1945 wurde er interniert, dann 1948 im *Nürnberger Prozess* gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), angeklagt. Er wurde freigesprochen in den Hauptanklagepunkten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Verurteilt wurde er nur wegen seiner SS-Mitgliedschaft: zu 2 Jahren und 10 Monaten Haft. Diese galten durch die Internierungszeit als abgegolten. Ab 1949 leitete er einen Saatzuchtbetrieb. 1956 bis 1968 war er ordentlicher Professor für Landesplanung und Raumordnung an der TH-Universität Hannover. Er blieb in Fachnetzwerken aktiv, zum Beispiel der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung*, und erhielt sogar noch DFG-Mittel. Seine weitere Karriere hat die Massenmordplanung des Generalplans Ost also nicht behindert. Die *Humboldt-Universität* in Berlin hat sich erst intensiv ab 2022 mit ihrer eigenen Rolle beim Generalplan Ost auseinandergesetzt. Eine zentrale Publikation erschien 2022 unter Leitung von *Sven Oliver Müller*. Die Personalakte Meyers an der *Humboldt-Universität* umfasste vor ihrer Säuberung – nach dem Krieg – drei Ordner. Was es gab, wurde in der Studie genutzt. Sie war aber an der Agrarwissenschaftlichen Fakultät teilweise «verschwunden oder unvollständig zugänglich». Konkret: Es gab noch elf Seiten statt drei Ordner.

2024 habe ich an einer Veranstaltung der *Stiftung Topographie des Terrors* teilgenommen, in der das Buch «Verbrannte Dörfer – Nationalsozialistische Verbrechen an der ländlichen Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg» vorgestellt wurde, ein wissenschaftlicher Sammelband mit einem Kapitel über Belarus. Die Veranstaltung war geprägt von der Vorsicht der Wissenschaftler, sich nicht «für die Propaganda *Putins* und *Lukaschenkos* einspannen zu lassen». Man könne über die Verbrechen der NS-Zeit nicht reden, ohne den brutalen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu kontextualisieren. Es gab mehrere lautstarke, aggressive, jedes Gespräch unterbindende Attacken von gut gekleideten, wortgewandten Personen aus der Zuhörerschaft auf zwei Zuhörerinnen, die den derzeitigen Ukraine-Krieg im Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg kontextualisiert wissen wollten, unter dem Aspekt «Nie wieder Krieg». Die Antwort der distinguierten Herren aus dem Regierungsviertel: «Hören Sie auf mit Ihrer Putin-Propaganda.»

Wie ist das eigentlich mit der Shoah? Mir ist bisher nicht aufgefallen, dass man darüber nicht reden kann und darf, ohne den brutalen Genozid in Gaza zu kontextualisieren; das wird vollkommen anders behandelt als der Genozid an den slawischen Völkern, der kein Thema an und für sich sein soll, sondern nur im Kontext von «Putins brutalen, unprovozierten Angriffskrieg» bearbeitet werden darf.

Zusammenfassend ein Kommentar: Wir wissen so viel vom Holocaust an den Juden und wir wissen nichts vom Genozid an den Belarussen, weil beide Verbrechen im Nato-Staat Deutschland vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der im Westen fortbestehenden Feindstellung zu Russland interpretiert und instrumentalisiert wurden und werden.

Das Thema dieser Veranstaltung ist die Menschenwürde. Dazu eine weitere Anmerkung. Menschenwürde entsteht im Verhältnis der Menschen zueinander. Sie benötigt den Willen zur Wahrheit und den Wunsch nach Verstehen, nach Gemeinsamkeit. Menschenwürde ist mit dem Willen zur Wahrheit untrennbar verbunden.

Wir schulden den Belarussen die Wahrheit. Wir schulden ihnen, dass sie wissen, dass wir wissen, was geschehen ist. Das ist eine Ehrensache. Das ist eine Sache, die nicht verhandelbar ist. Ich habe 2023 bei einer Veranstaltung in Dremlevo, zu der ich eingeladen war, eine kurze Rede halten dürfen. Danach kam die einzige Überlebende des Massakers in Dremlevo mit ihrer Tochter zu mir. Die Tochter sagte mir, dass ihre Mutter mir für meine guten Gedanken danken möchte. Ich habe diese Geste kaum aushalten können. Ich danke dieser Frau aus tiefster Seele, dass sie mir mit dieser Geste ihre Menschenwürde schenkte, dass sie ihre menschliche Grösse bewiesen hat. Diesen Moment werde ich nie vergessen. Der Geist der Feindschaft mit Russland und Belarus, wie er bei uns propagiert wird, zum Beispiel mit der Frage, wie man der Ukraine helfen kann, mehr Russen zu töten, beraubt beide Seiten, uns alle, unserer Menschenwürde. Hass macht hässlich. Das ist der Fluch der bösen Tat. Das ist die Drachensaat der Shoah. Ich halte dagegen mit einer Zeile eines der schönsten Gedichte, das ich kenne: «Ach nicht Hass. Den Himmel weitet. Weisheit, Stillesein, Geduld.» •

«Wir schulden den Belarussen die Wahrheit. Wir schulden ihnen, dass sie wissen, dass wir wissen, was geschehen ist. Das ist eine Ehrensache. Das ist eine Sache, die nicht verhandelbar ist. Ich habe 2023 bei einer Veranstaltung in Dremlevo, zu der ich eingeladen war, eine kurze Rede halten dürfen. Danach kam die einzige Überlebende des Massakers in Dremlevo mit ihrer Tochter zu mir. Die Tochter sagte mir, dass ihre Mutter mir für meine guten Gedanken danken möchte. Ich habe diese Geste kaum aushalten können. Ich danke dieser Frau aus tiefster Seele, dass sie mir mit dieser Geste ihre Menschenwürde schenkte, dass sie ihre menschliche Grösse bewiesen hat. Diesen Moment werde ich nie vergessen. Der Geist der Feindschaft mit Russland und Belarus, wie er bei uns propagiert wird, zum Beispiel mit der Frage, wie man der Ukraine helfen kann, mehr Russen zu töten, beraubt beide Seiten, uns alle, unserer Menschenwürde. Hass macht hässlich. Das ist der Fluch der bösen Tat. Das ist die Drachensaat der Shoah. Ich halte dagegen mit einer Zeile eines der schönsten Gedichte, das ich kenne: ‹Ach nicht Hass. Den Himmel weitet. Weisheit, Stillesein, Geduld.› »

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung, für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch
Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance BIC POFICHBEXXX
IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2026 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Die Schlacht von Kerbela

*von Scott Ritter**

Scott Ritter (Bild syst)

Der Imam-Husain-Schrein im irakischen Kerbela. Millionen schiitischer Pilger besuchen jährlich dieses Heiligtum des schiitischen Islam. (Bild Wikipedia)

Die Vereinigten Staaten und Israel haben am 28. Februar dieses Jahres einen Überraschungsangriff auf den Iran gestartet.

Dieser Akt der Perfidie – und es handelte sich in jedem Sinne des Wortes um die personifizierte Perfidie, da der Angriff unter dem Deckmantel der Diplomatie erfolgte, die darauf abzielte, die Iraner in falscher Sicherheit zu wiegen – war der Inbegriff eines Angriffskriegs, der in absolutem Widerspruch zum Völkerrecht stand, wie es in der *Charta der Vereinten Nationen* festgelegt ist.

Abgesehen von ihrer völligen Legitimationslosigkeit verfehlte die US-israelische Aggression jedes einzelne ihrer mit dem Krieg verfolgten Ziele, nämlich den Zusammenbruch des iranischen Regimes, die Beendigung des iranischen Atomprogramms, die Beendigung der iranischen Programme für ballistische Raketen, die Sicherung der strategisch wichtigen Strasse von Hormus sowie die Beendigung der Beziehungen des Iran zu den anderen Mitgliedern der sogenannten Achse des Widerstands, namentlich der Hizbullah in Libanon und der Ansarullah im Jemen.

Dieser Krieg aus freier Entscheidung – es gab nichts, was auch nur im entferntesten einer konkret formulierbaren, unmittelbaren Bedrohung durch den Iran ähnelte, die eine präventive Militäraktion gerechtfertigt hätte – wurde zu einem Zeitpunkt und zu den von den Aggressoren festgelegten Bedingungen begonnen. Das bedeutet, dass sie jede Gelegenheit hatten, ihren Vorteil zu maximieren, indem sie sicherstellten, dass die für diese Aufgabe erforderlichen Ressourcen zusammengetragen worden waren und im Rahmen der Umsetzung eines gut durchdachten Plans eingesetzt würden.

Und doch hat der israelisch-amerikanische Angriffskrieg heute nicht zur Niederlage des Iran geführt, sondern zur strategischen Niederlage sowohl der USA als auch Israels.

Keines der Ziele, die der Krieg erreichen sollte, wurde verwirklicht.

Darüber hinaus wurden die Schwäche des amerikanisch-israelischen Bündnisses und die Ohnmacht der amerikanischen Militärmacht in einer Weise offenbart, die nicht nur Westasien in Zukunft verändern, sondern auch das strategische Kräfteverhältnis weltweit neu definieren wird.

Man muss sich fragen, wie es zu dieser Situation kommen konnte, da die Kette von Ereignissen, die zu diesem Ergebnis führten, von den USA und Israel zu einem Zeitpunkt und mit Mitteln ihrer Wahl in Gang gesetzt wurde.

Die Antwort lautet: *Unwissenheit*.

Die USA und Israel glaubten, den Dreh- und Angelpunkt des iranischen Regimes in der Person von *Ali Khamenei*, dem Obersten Führer des Iran, identifiziert zu haben, und dass sie durch seine Tötung – was sie in der Eröffnungssalve des Krieges taten – das Regime zum Einsturz bringen würden und damit alle anderen Ziele verwirklicht würden, sobald eine neue, prowestliche Regierung eingesetzt wäre.

Ali Khamenei wurde getötet, und doch brach das Regime nicht zusammen.

Mehr noch: Das Regime wurde stärker, als sich das iranische Volk zur Verteidigung seiner Nation zusammenschloss.

Bis heute sind die Regierungen der USA und Israels frustriert und fassungslos, warum ihr Schachzug gescheitert ist.

Um dies zu beantworten, habe ich folgende Fragen gestellt: Wisst ihr, wer *Ali* ist? Wisst ihr, wer *Hassan* ist? Wisst ihr, wer *Husain* ist? Und wisst ihr, was die *Schlacht von Kerbela* war?

Leider können im Westen nur sehr wenige diese Fragen beantworten.

Wenn sie es könnten, wüssten sie um die Bedeutung von Ali, dem Cousin und Schwiegersohn *Mohammeds*, der als rechtmässiger Nachfolger Mohammeds gilt.

Ali wurde von jenen ermordet, die seine prinzipientreue Haltung zum Islam ablehnten, was zu widersprüchlichen Nachfolgeansprüchen führte: Die Gegner Alis festigten ihre Macht durch das Kalifat der Umayyaden, während Alis Nachfolger – seine Söhne Hassan und Husain – den Weg ihres Vaters fortsetzten.

Diese Meinungsverschiedenheit über die Autorität führte im Jahr 680 in der Nähe von Kerbela zu einem entscheidenden Zusammenstoss, bei dem die Truppen des Umayyaden-Kalifats Husain und seine Anhänger töteten und ihre Frauen und Kinder gefangennahmen.

Die Schlacht von Kerbela ist mehr als nur ein Moment in der Geschichte. Sie ist das Fundament eines Glaubens, der auf dem Konzept des Märtyrertums zur Verteidigung des Glaubens beruht.

Das Opfer von Husain und seinen Anhängern, verbunden mit dem Mut, den die Frauen und Kinder der Getöteten bewiesen, bildet die moralische Grundlage des Zwölfer-Schiismus, der heute die vorherrschende Form des schiitischen Glaubens im Iran darstellt.

Hätten sich die US-amerikanischen und israelischen Strategen die Zeit genommen, das iranische Volk wirklich zu studieren und zu verstehen, hätten sie gewusst, dass die Tötung von Ali Khamenei nicht zu einem Zusammenbruch des Systems führen würde, sondern das System vielmehr stärken würde, indem sie genau jenes Märtyrertum beflügeln würde, das den Glauben des iranischen Volkes verankert.

Es gibt ein Sprichwort: «Wenn du deinen Feind so gut kennst wie dich selbst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.»

Wir Amerikaner sprechen gern über unsere Freiheiten und darüber, wie diese Freiheiten in unserer Verfassung verankert sind.

Wir sagen gern, dass diese Verfassung, die auf dem Grundsatz der Vorrangstellung des Rechtsstaats beruht, uns als Gemeinschaft definiert.

Wenn das doch nur wahr wäre.

Wie dem auch sei, wir projizieren dieses Konzept der Selbstidentifikation, als wäre es eine Selbstverständlichkeit – wir sind Amerikaner, wir haben eine Verfassung, warum versteht ihr uns nicht?

Und doch verstehen wir uns selbst nicht einmal.

Wenn wir das täten, würden wir uns die Zeit nehmen, die Verfassung tatsächlich zu lesen und darüber nachzudenken, wie weit wir in unserem Verhalten als Volk von dem abgewichen sind, was unserer Behauptung nach definiert, wer und was wir sind.

Wir sind heute hier versammelt, um über die Konzepte des «Lebens in Würde» nachzudenken.

Wir Amerikaner sind nicht einmal in der Lage, uns selbst das Mindestmass an Integrität zuzugestehen, das nötig wäre, um ehrlich zuzugeben, dass wir niemanden respektieren, nicht einmal uns selbst.

Und der Krieg, den wir heute gegen den Iran führen, unterstreicht diese Tatsache mit aller Deutlichkeit.

Die Schlacht von Kerbela ist nicht einfach nur ein Moment in der Geschichte.

Sie ist in ihrem Wesen das Äquivalent zur amerikanischen Verfassung, wenn es darum geht, die gläubigen Menschen zu definieren, die heute im Iran leben.

Menschen, von denen wir Amerikaner dachten, wir könnten sie einfach besiegen, indem wir den religiösen Führer dieser gläubigen Menschen töteten.

Wir haben einen Mann zum Märtyrer gemacht, in dem Glauben, wir würden ein Volk demoralisieren, dessen religiöses Glaubenssystem gerade auf der Heiligkeit des Märtyrertums im Angesicht des Bösen beruht.

Und es darf kein Zweifel daran bestehen, dass Amerika heute, indem es diesen illegalen Angriffskrieg gegen den Iran führt, das Gesicht des Bösen schlechthin ist.

Und so stehe ich vor Euch als Amerikaner, der arrogant erwartet, dass Ihr mein Verständnis der Verfassung als meinen existentiellen Schwerpunkt versteht, und der dennoch Teil einer Gemeinschaft von Amerikanern ist, die in grundlegender Weise unwissend sind über genau jene Dinge, die die Existenz eines Volkes ausmachen, mit dem meine Nation Krieg geführt hat.

Kriege werden enden – das tun sie immer.

Und dann müssen die Überlebenden einen Weg finden, die Trümmer ihres zerbrochenen Lebens wieder aufzulesen und mit dem Leben weiterzumachen.

Aber wie können wir Amerikaner als Gemeinschaft das hinter uns lassen, was wir angerichtet haben?

Es ist nicht unsere Nation, deren Städte zerstört, deren Kinder getötet und deren Familien auseinandergerissen wurden.

Wie schaffen wir es, aus der Schande Würde zu gewinnen?

Und für mich ist die Antwort klar: indem wir dafür sorgen, dass wir nie wieder aus einer Haltung arroganter Unwissenheit heraus handeln.

Dass wir uns demütigen, indem wir etwas über die Welt lernen, in der wir leben.

Ich möchte mehr über die Schlacht von Kerbela erfahren.

Ich bin eingeladen worden, im Sommer 2027 am Arbaeen teilzunehmen.

Arbaeen findet 40 Tage nach Aschura statt, dem Gedenktag für den Märtyrertod von Imam Husain in der Schlacht von Kerbela.

Es ist ein 80 Kilometer langer Fussmarsch von Nadschaf nach Kerbela.

Für die schiitischen Gläubigen ist es ein zutiefst religiöses Ereignis.

Aber ich werde nicht als religiöser Pilger daran teilnehmen – wie könnte ich auch, da ich im christlichen Glauben getauft bin?

Und ich bin auch nicht eingeladen worden, als solcher daran teilzunehmen.

Ich werde den Fussmarsch als Teil einer Entdeckungsreise unternehmen.

Um diesen gläubigen Menschen Zeugnis abzulegen.

Um mit ihnen zu sprechen und, was am wichtigsten ist, ihnen zuzuhören.

Um zu lernen.

Wisst ihr, ich möchte nichts über Menschen lernen, nur weil sie meine Feinde sind.

Ich will mein Leben nicht damit verbringen, mir Gedanken über den Ausgang einer einzigen Schlacht zu machen, geschweige denn über hundert.

Ich möchte in Frieden leben.

In Würde leben.

Aber ein Leben in Würde setzt voraus, dass man das Leben, die Überzeugungen und die Werte seiner Mitmenschen respektiert.

Die traurige Realität ist heute, dass wir Amerikaner das Volk sind, das am wenigsten über die Welt weiss, in der wir leben.

Wir sind gegen den Iran in den Krieg gezogen, in der irrigen Annahme, dass wir durch die Ermordung von Ali Khamenei, dem Obersten Führer des Iran, das iranische Volk dazu bringen könnten, das Vertrauen in seine Regierung zu verlieren – ohne zu begreifen, dass genau dieser Mord das genaue Gegenteil bewirken würde.

Aber was vielleicht noch schlimmer ist: Wir zogen in den Krieg, weil wir das iranische Volk so sehr missachteten, dass wir uns nicht einmal die Mühe machten, etwas über jene zu erfahren, die wir als unsere Feinde definierten.

Wir verunglimpfen sie als Wilde.

Wir verspotten ihren Glauben.

Wir verweigern ihnen die Würde, die sie als Mitmenschen auf diesem Planeten, den wir Erde nennen, verdienen.

Ich möchte jeden von uns, der hier versammelt ist, bitten, über unser Leben nachzudenken und darüber, wie unser Leben mit dem Leben anderer zusammenwirkt – insbesondere mit denjenigen, die anders aussehen als wir, eine andere Sprache sprechen, sich anders kleiden oder anders glauben.

Und wenn euch irgend etwas an diesen Menschen auch nur für einen Moment Unbehagen bereitet, haltet inne und denkt darüber nach.

Denn wenn Ihr zulasst, dass diese Unterschiede Euch trennen, wenn Ihr zulasst, dass eine Mauer errichtet wird, die Euch voneinander trennt, dann seid Ihr auf dem besten Weg, dieselbe Kette von Fehlern zu wiederholen, die von Unwissenheit geprägt sind und mein Land auf den Weg in den Krieg mit dem Iran gebracht haben.

Wir alle müssen uns unseren eigenen Schlachten von Kerbela stellen.

Nicht nur, indem wir uns über einfache Fakten informieren.

Sondern indem wir uns intensiv damit auseinandersetzen, was diese Fakten für diejenigen bedeuten, denen sie wichtig sind.

Nächstes Jahr werde ich mich auf eine Reise begeben, um mehr über die Schlacht von Kerbela zu erfahren.

Ich werde die 80 Kilometer des Arbaeen-Marsches zurücklegen.

Ich bitte jeden von Euch, das Äquivalent zur Schlacht von Kerbela in Eurem eigenen Leben zu finden.

Und begleitet mich auf diesem langen Weg der Entdeckung.

Wohin auch immer er euch führen mag.

Ich kann nicht vorhersagen, wohin euch solche Reisen führen werden.

Aber ich kann mit grösster Überzeugung sagen, dass Ihr mit Würde ankommen werdet.

Und das ist der Schlüssel zu einem Leben in Würde. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

---

* *Scott Ritter* ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, der in seiner mehr als 20jährigen Laufbahn unter anderem in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General *Norman Schwarzkopf* während des Golf-Kriegs 1991 und später als Chefwaffeninspektor der Uno im Irak von 1991–1998 tätig war. Ritter war ein scharfer Kritiker der amerikanischen Entscheidung, 2003 erneut gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. Er ist Autor von zwölf Büchern. Sein neuestes Buch ist «Highway to Hell: The Armageddon Chronicles 2015–2024» (*Clarity Press*).